

Arbeiterstimme



Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostschlesien . Beilagen: Der rote Stern . Fußball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang Dresden, Dienstag den 23. August 1932 Nummer 190

Ein ermunterndes Beispiel für alle Textiler:

Streiterfolg der Falkenauer Textilarbeiter

20 Proz. Affordlohn-Abbau durch Streik von der Belegschaft Liebermann, Falkenau, bereitet. Textilarbeiter, folgt diesem Beispiel geschlossenen Kampfes! . Zerbricht alle Schacher- und Sabotagemanöver der Bürokratie . Organisiert den Kampf!

Falkenau, 23. Aug. (Sig. Drahtb.)
Im Textilbetrieb Liebermann hatte der Unternehmer versucht, bei den Affordlöhnern einen Lohnabbau bis zu 20 Prozent durchzuführen. Bei einer Urabstimmung stimmten 440 Arbeiter, das sind 85 Prozent der Belegschaft, für Ablehnung dieser ungeheuerlichen Forderung des Unternehmers. Da jedoch die Firma weiterhin auf ihrer Forderung beharrte, nahm die Belegschaft gestern nachmittags die Arbeit nicht wieder auf, sondern verharrete nach der Mittagspause im Streik.

Unternehmer nur mit dem Betriebsrat und nicht mehr allein mit dem DV geführt werden dürfen. Gestern bestand die Belegschaft darauf, selbst mit dem Generaldirektor zu verhandeln. Nachdem der von der Direktion gelandete technische Direktor den Spielball unverschämter Dinge wieder verfallen hatte, gab die Firma einen Anschlag heraus, welcher allen, die nicht sofort die Arbeit wieder aufnehmen, Entlassung ankündigte. Die überwiegende Mehrzahl der Belegschaft verharrete aber weiter im Streik.

der Detektive 2 bezahlt. Das würde bedeuten, daß die gesamte Belegschaft — also auch die Stundenlöhner — einen Lohnabbau von 5 Prozent hinnehmen müßte. Die Belegschaft wird auch diese Pläne des Unternehmers durchkreuzen. Ihre Parole ist:
Jeder neue Versuch der Direktion, Lohnabbau durchzuführen, wird mit der sofortigen Aufnahme des Kampfes beantwortet!
Das muß die Parole aller Textilarbeiter sein, die sich an dem Kampfe der Liebermann-Belegschaft ein Beispiel nehmen müssen. Dieses Beispiel muß alle Textilarbeiter ermuntern, entgegen der Behauptung, die von der Bürokratie ausgeht, die Betriebe streikfrei zu machen und den Kampf einzustellen!

Boltzeaktion gegen Liebermann-Belegschaft

Falkenau, 23. August.
Wie wir erfahren, wurde die angelegte Betriebsversammlung der Belegschaft von Liebermann, wo zur Frage der Festlegung des Streiks Stellung genommen werden sollte, durch die Polizei verboten. Die Polizei besetzte das Versammlungsgelände und verhinderte die Durchführung der Versammlung. Flugblätterverbreiter wurden verhaftet. Jede Versammlung im Ort wird von der Polizei verhindert.
Die Einwohnerschaft und die Liebermannschen Textilarbeiter sollen durch die Boltzeaktion offensichtlich eingeschüchelt werden.

Im Prozeß gegen die Beuthener Nazimörder

Todesurteile, die nicht vollstreckt werden

Staatsanwalt kündigt Gnadenakt der Staatsregierung an. Ein Urteil das die Öffentlichkeit täuschen soll und die Handhabe zu schärfstem Vorgehen gegen Antifaschisten bietet

Im Potsdamer Prozeß gegen die Nazimörder unseres Genossen Konrad P i e t z e u, fällt heute das Sondergericht Todesurteile gegen die angeklagten Nazis Kotlich, Müller, Wollnig, Gräupner und Wahnmann. Die vier ersten wurden wegen „politischem Totschlag“ (1), Wahnmann wegen Mithilfe zum Tode verurteilt. Außerdem erhielten die Angeklagten 2 bzw. 1 Jahr Zuchthaus wegen schwerer Körperverletzung. Wahnmann wurden die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt. Der Angeklagte Hoppe wurde wegen Beihilfe zum Mord zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt, Habamit, Nowak und Traja wegen Mangel an Beweisen freigesprochen.

Es kann heute schon als sicher gelten, daß diese Todesurteile nicht vollstreckt werden, vielmehr nur deshalb gefällt wurden, um nach außen hin den Anschein zu erwecken, als richte sich die Terrorrotterordnung auch gegen die Nazis. Nach den gegebenen Umständen müßte formell auf Todesstrafe erkannt werden. Der Oberstaatsanwalt hat in seiner Anklage die Begnadigung durch die Preußenregierung bereits angekündigt. Durch das Urteil soll vor allen Dingen den Nazis ein neuer Antrieb zu hemmungsloser Fege gegeben werden, die bereits einlegt und zu neuen Terrorakten in Beuthen führte.

bei weitaus größter Aufmerksamkeit von den politischen Problemen und dem Verrat ihrer wertvollen Anhänger ablenken wollen, ist ein Geschenk gemacht worden, das auch nicht einen Kopf der Mörderbeihilfen kosten wird. Aber Goebbels selbst entlarvt die eigene indirekte Schuld an der Ermordung des kommunistischen Arbeiters, wenn er im „Angriff“ nach schändlichem Verlogenheitsspiel für die Tränenbrühen schreibt:
„Diese Urteile bedeuten nichts anderes, als daß die Urheber des Verhängnisses ungehört davonkommen, und daß ihre mehr oder weniger schuldigen oder schuldigen Opfer dafür mit dem Leben bezahlen sollen.“
Tatsächlich, die wahren Schuldigen in den braunen Hölle sind nicht unter Anklage gestellt, mit ihnen verhandeln die Minister um Regierungsabfertigung. Das sollen sich die Gewissen merken, deren Rebellion jetzt mit ungeheurer Heftigkeit überstürzt und abgedämpft werden soll.

Nazis antworten mit neuem Terror

Sofort nach dem Urteilsspruch hielt der SA-Führer Heine an die aus ganz Schlesien zusammengejagte SA eine kurze Rede, worauf die SA einen Terrorzug durch Beuthen unternahm. Beuthener Einwohner wurden schwer mißhandelt. Die Geschäftsstellen einer sozialdemokratischen, einer Zentrum- und einer bürgerlichen Zeitung wurden bemöbliert. Wie der Lokal-Anzeiger aus Beuthen meldet,
erklärte Heine nach einem Telesongespräch mit München, daß das Urteil niemals vollstreckt würde.
Die Reichsleitung der NSDAP richtete an Papen ein Telesgramm, in dem es heißt: „Die Reichsleitung der NSDAP erwartet unermüdetlich die Begnadigung der Verurteilten. Unverzügliche Aufhebung des Urteils ist zur Sicherung und letztmöglichen Aufrechterhaltung des inneren Friedens eine Notwendigkeit.“

hören des schändlichen Staatsapparates das Urteil leben und behandeln werden. Die schändlichen „Dresdner Nachrichten“ geben auch bereits in einem, zweifelsohne von zentraler Stelle kommenden Kommentar das Stichwort, indem sie schreiben:
„Eine Kette von unglücklichen Zusammenstößen hat in diesem Fall also zu Vollstreckungsbeschlüssen geführt, die ihren Zweck verfehlen und, statt zu beruhigen oder abzuschrecken, neues Öl in das Feuer der politischen Leidenschaften geben. Deshalb muß von der Einsicht der politischen Behörden, die mehr Spielraum haben, als die nach den Vorschriften des Gesetzes wirkenden Richter, erwartet werden, daß sie möglichst schnell von dem Begnadigungsrecht Gebrauch machen, das bei Urteilen der Sondergerichte der Bundesregierung zusteht.“
Den Nazis, die das Urteil mit schändlicher Wollust aufnehmen, um alle Register strapuzierter Demagogie zu ziehen und

Ein Meißner nach wie vor bestehen; Die Sondergerichte sind zu brutalen Vorgehen gegen die Antifaschisten geübt worden. Daran ändert das Urteil von Beuthen nicht das geringste, da dort nur Strafen verhängt wurden, die nie abgehört werden brauchen, der NSDAP aber neue Möglichkeiten geben sollen, aus der politischen Gedogge herauszukommen.
Die Arbeiter in der Antifaschistischen Aktion wissen diesen Urteil entsprechend zu werden und werden mit aller Kraft dafür sorgen, daß es den Nazis nicht gelingt, aus dem Meißner herauszukommen und ihre Würdebanden zu stärkern zu Kampfe.
(Urteil im Obleuer Reichsbannerprozeß auf der zweiten Seite.)

Der aus Regierungskreisen gut informierte Berliner Lokal-Anzeiger schreibt: „Es besteht die Möglichkeit des Gnadenaktes an das Preussische Staatsministerium.“

Ein solcher Antrag ist vom Oberstaatsanwalt schon angebracht worden, als er am Schluß seiner Anklagerede ausführte, daß „nach seiner Einschätzung das Urteil der Gnade und dem Verhängnis der Staatsregierung anheimzufallen ist. Es liegen in dem Beuthener Fall ganz besondere Umstände vor. Wehrstrafrechtlich würde auch solche Ermäßigungen bei den Beratungen des Preussischen Staatsministeriums über einen zu ermittelnden Gnadenantrag eine Rolle spielen.“

Der Oberstaatsanwalt, der sich nach „Einfühlen“ in den Strafen bereits in der Anklagerede für die Begnadigung einsetzte, wird wahrscheinlich auch dem Kaiserreichlicher Kriegsgerichte den Fall, diesen verhängen Strafbüßern auf einen schließlichen Arbeiter mit folgenden Worten zu veröffentlichen:
„Die Aktion in der Nacht zum 18. August in Götzen ist lediglich als Demonstration gegen Bedrohungen von kommunistischer Seite zu erklären. Die Angeklagten sind als tüchtige Soldaten anzusehen, die auf einen Befehl oder einen militärischen Befehl reagierten, ohne lange zu fragen, warum und weshalb.“
Dieser trockene Janismus des Nazianwalts charakterisiert den ganzen Prozeß und eröffnet die Perspektiven, unter der die Be-

„Dresdner Volkszeitung“ bläst zum „Angriff gegen die KPD“

Sozialdemokratisches Angst- und Hetzschrei. Sprengstoff gegen die kämpfende revolutionäre Einheitsfront. Beantwortet die Kommunistenhege mit der verkärnten Weiterführung der antifaschistischen Betriebswerke

In der Dresdner Volkszeitung vom gestrigen Montag wird aus der sozialdemokratischen Zeitschrift „Das Neue Wort“ ein Artikel nachgedruckt, in welchem auf mehr als zwei langen Spalten mit hysterischem Schreier „zum Angriff gegen die KPD“ aufgehetzt wird. Dieser Artikel dient nicht nur dem Kampfe der sozialdemokratischen Führer gegen die im Zeichen der Antifaschistischen Aktion sich immer mehr wachsender formierender Einheitsfront, sondern auch der verkärnten Weiterführung gegen die KPD.
Die von der Volkszeitung in der Person des Naziprofessors getriebene Hetzpropaganda wird sogar mit dem schändlichen Schrei:

gestützt, die Kommunisten hätten „von sich aus eine Revolution gegen die Nationalsozialisten eingeschlagen“ und hätten von sich aus „eigenen Heberfüßler“.
Mit dieser schändlich logar hiesigen sozialdemokratischen Hetzpropaganda wird versucht die SPD-Führung von den nationalsozialistischen Norddeutschen, deren nationalsozialistisches Treiben erst jetzt beim Beuthener Prozeß wieder offenbar wurde, ein vollkommenes Bild. Andererseits werden die sozialdemokratischen Führer damit nicht unbeträchtlich zur Unterbrechung- und Verhinderung der Kampfe gegen die KPD gezwungen, die die SPD-Führung aber von allen Dingen

mit diesem von Verleumdungen und Beschimpfungen der KPD nur so strotzenden Heftartikel bezeugt, wird am Schluß dieses Artikels eingeschoben, wo es heißt:

„Defensiv hat uns (die SPD) bei den Volksmassen in ein schlechtes Licht gebracht. Die nicht genau unterrichteten Arbeiter haben angenommen... daß an ihren Angehörigen (den Angehörigen der Kommunisten, d. h. der Arbeiter) etwas Wahres sein müsse. So kann es deshalb nicht weitergehen. Wir haben die Pflicht zum Angriff auch gegen das arbeitserleidliche Verhalten der KPD. Wir müssen endlich den unerbittlichen Zustand überwinden, daß Deutschland das einzige (?) Land der Welt ist, in dem eine Section der Komintern noch et was zu befehlen hat.“

So heißt es in den Schlussbänden dieses Artikels. Und das ist natürlich deutlich genug. Denn es beweist:

Das Fehlschlagen entspringt der Angst vor dem immer mächtigeren Aufstrom sozialdemokratischer Arbeiter in das Lager der Antifaschistischen Aktion, durch welche

die Schandbühne der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik immer schneller untergründet

werden und in der sich auch die sozialdemokratischen Arbeiter immer zahlreicher formieren.

Bei der sich immer stärker anbahnenden Bewegung der Textilarbeiter in Sachsen sind die Aussichten des gemeinsamen Handbundes sozialdemokratischer, parteiloser und kommunistischer Arbeiter besonders günstig. Die den Verrat der Textiler schon jetzt in geheimen Verhandlungen vorbereitende

Gewerkschaftsbürokratie ist in höchster Verdrängnis vor der zum Kampfe der Textilarbeiter mobilisierenden kommunistischen Opposition und den immer stärker wachsenden revolutionären Kräften.

Das ist es, was die sozialfaschistischen Verräter veranlaßt, mit gesteigertem Eifer gegen die Kommunisten aufzumarschieren, wie sie im folgenden Artikel der „Dresdner Volkzeitung“ zum Ausdruck kommt. Die dort betriebene Drey, Verleumdung und Denunziation soll Sprengstoff gegen die revolutionäre Einheit mit den SPD-Arbeitern sein. Dienen Sprengstoff heißt es durch die Verärgerung der kämpfenden Einheitsfront mit den SPD-Arbeitern, durch die gesteigerte, energiegeladene Weiterführung der Antifaschistischen Betriebswoche unmittelbar zu machen.

Wenn wir darum nachdrücklich noch auf Einzelheiten des sozialfaschistischen Scherenspiels einzugehen, so deshalb um die Zusammenhänge zwischen dieser gezielten Kommunistenhetze der SPD-Führer und der wachsenden Bedeutung der SPD als mittelbare Stütze der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse aufzuzeigen und allen revolutionären Arbeitern Muthilfe für die Antifaschistische Aktion zu vermitteln.

Die Verärgerung der sozialfaschistischen Hetze gegen die kommunistische Partei legt nicht zufällig den Demonstration an demselben Tage ein, an dem wir von der Geheimkonferenz zwischen dem General von Schleicher und einer Reihe sozialdemokratischer Parteiführer und Gewerkschaftsführer berichten konnten. Auf dieser am 18. August durchgeführten Konferenz hat sich Schleicher — wie wir gestern ausführlich berichteten — die Tolerierung eines Sozial-Kabinetts durch die SPD-Führer gesichert!

Was das bedeutet, wird vor allen Dingen durch die Tatsache unterstrichen, daß diese Regierung aus einer im wesentlichen schon festgelegten Koalition vom Zentrum bis zu den Nazis mit dem derzeitigen Reichswehrminister Schleicher als Kanzler bestehen soll.

Welche Bedeutung dieser Kombination zukommt, das hatte die „Deutsche Zeitung“ schon am Sonnabend vorläufig mit der Bemerkung angedeutet, daß die eigentlichen Entscheidungen über neue politische Möglichkeiten sich hinter dem Schilde der parlamentarischen Spiele vollziehen werden.“

Was sich in Wirklichkeit hinter dem Schilde der parlamentarischen Spiele verbirgt, das ist die Konzentration aller faschistischen Kräfte, die Aufrüstung einer Nazi-Koalitionstrategie unter dem Kommando der Reichswehr und mit Teilnahme der sozialdemokratischen Koalitionsgenossen mit der KPD. So würde das Finanzkapital, so würden Scherenspieler und Jäger die Durchführung ihrer faschistischen Pläne, Zwangsarbeit, „Tarnkammer“ und Zerstückelung der Sozialversicherung zu sichern.

Aber dasonnet allein können den antifaschistischen Massenwiderstand nicht brechen. Die monströse bürgerliche Herrschaft ist nur gefährdet, wenn es ihr gelingt, die Kräfte des Proletariats zu lähmen, seine kämpferische Einheit zu spalten, die Macht vor allem der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter als soziale Stütze der Diktatur einzuflechten.

Das ist auch die Rechnung die sich die Textilindustriellen in Sachsen gemacht haben, als sie zur Tarifbindung schritten und als sie zum Schlage gegen die Lohndrücker in größter Sorge und Not lebenden Textilarbeiter ausholten. Die Textilbarone hofften — wie die ganze deutsche Bourgeoisie, daß der gewerkschaftlich organisierte Teil der Textilarbeiter dabei wie ein buldames Pflümchen hilflos bleiben würde. Sie möchten diese Arbeiter als soziale Stütze der immer mehr Hunger und Elend künftigen Diktatur einleiten.

Welche Konsequenzen das für die „große“ Politik der Bourgeoisie hat, verrät der dem Vapen-Schleicher-Regime nahestehende „Tatferl“ in einem Artikel vom 4. August, worin er sich mit der Frage der Sozialdemokratischen Regierungen beschäftigt. In diesem Artikel heißt es:

„Man sollte heute eines nicht vergessen, der Winter, dem wir entgegengehen, ist bereits weitgehend vorgezeichnet und besitzt keine eigene wirtschaftliche Logik. Es wäre deshalb einmal wichtig, die Person und vor allem die Persönlichkeit des Kampfers des neuen Präsidialkabinetts zu untersuchen, daß sie zumindest keinen Affront gegenüber der proletarischen Front bedeutet, ferner aber schon heute Reserven zu schaffen, die gegebenenfalls in Aktion treten können, wenn es sich in höherem Maße darum handeln sollte, mit der proletarischen Front zu reden.“

Durch diese Ausrufung charakterisiert die Bourgeoisie selbst die SPD und den ATGB als ihre soziale Hauptstütze, die sie auch nach dem faschistischen Umsturz in Preußen trotz aller Vertragsänderungen zur Täuschung der Arbeitermassen geblieben ist. Das bleibt die Sozialdemokratie auch um so mehr, als es der kommunistischen Partei — wie es die Reichstagswahlen allzu deutlich offenbart haben — gelungen ist, den Vorstoß des Faschismus in die Betriebe zum Stillstand zu bringen und teilweise sogar zurückzudrängen.

Diese Tatsache, die sich mittlerweile allgemein herumgesprochen hat, hält jedoch die Dresdner Volkzeitung nicht davon ab, den unglaublichen Schwindel zu vergrößern, daß die KPD „den Nazis ihr mächtigstes Treiben erst ermöglicht“ hätte. Ja, die sozialfaschistischen Führer verfehlen sich in dieser Schmutzpolitik zur Schandung des unauflöslichen Bandens der Kampfers der bürgerlichen Klassen, die sie für das Wachsen der Nazibewegung „verantwortlich“ machen, um von ihrer eigenen Schuld an der Ausbreitung der Nazibewegung, von ihrer wegweisenden Rolle im den Faschismus abzulenken.

Am meisten hat es den sozialfaschistischen Klägern aber die Strafflosigkeit der Kommunisten angetan. Offenbar in der Hoffnung des Faschismus, daß die SPD in den außerparlamentarischen

Gerechensurteile im Ohlauer Prozeß

Schwere Zuchthausstrafen gegen Reichsbannerarbeiter

Das Sondergericht hat heute, am 22. August, vormittags das Urteil in dem Prozeß wegen der blutigen Vorgänge in Ohlau gefällt. Es wurden verurteilt: Der Kreisleiter des Reichsbanners Karl Fleck zu 4 Jahren Zuchthaus, der Arbeiter Otto Duzend zu 3 Jahren Zuchthaus, der Arbeiter Franz zu 2 Jahren Zuchthaus, der Arbeiter Ernst Strauß zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus, der sozialdemokratische Stadtrat W. zu 1 Jahr Gefängnis und die übrigen Angeklagten zu Gefängnisstrafen von 4 Monaten bis zu 1 1/2 Jahren. Nur 12 Angeklagte wurden freigesprochen.

Der Staatsanwalt hatte gegen die angeklagten Reichsbannerarbeiter, Gewerkschafter und Kommunisten insgesamt 22 Jahre Zuchthaus und 23 Jahre 9 Monate Gefängnis beantragt.

Die sachliche Presse stellt natürlich dieses Klassenurteil in Parallele zum Deutschen Urteil und bringt ganz unverbohlen zum Ausdruck, daß ihr die drakonischen Zuchthausstrafen nicht

genügen. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß der Urteilspruch der Preussener Richter nicht verwirklicht werden wird, die in Ohlau verurteilten Arbeiter müssen mit langen Freiheitsstrafen die blutigen Verbrechen der Faschisten büßen, ebenso wie alle die Arbeiter hinter Zuchthausmauern verschwinden werden, die allein in den letzten Wochen außer Ohlau

40 Jahre Zuchthaus und Gefängnis

von der Klassenjustiz erlitten.

In den uns bekannt gewordenen, in der Woche vom 15. bis 20. August vor den Sondergerichten, Schnellgerichten und Straf-kammern durchgeführten Verhandlungen wurden

gegen Antifaschisten: Kommunisten, Reichsbanner- und parteilose Arbeiter 40 Jahre, 1 Monat und 2 Wochen Zuchthaus und Gefängnis,

gegen Nationalsozialisten: 3 Monate Gefängnis verhängt.

Eine furchtbare, außerordentliche Willkür. Viele Urteile einer Wucher Die Arbeiterklasse wird es nie ertragen, daß die sozialdemokratische Presse die Notverordnung mit der Einleitung der Sondergerichte begrüßt hat, und erkennen, wie recht die Kommunisten hatten, als sie sagten, daß die Sondergerichte die Antifaschisten treffen werden.

In fast allen der gegen Antifaschisten durchgeführten Verhandlungen hat sich die rote Hilfe der angeklagten Arbeiter angenommen, ihnen Rechtsbeistand gewährt und die Unterstützung der Beurteilten und ihrer Angehörigen eingeleitet. Unterstützt das Solidaritätswerk der roten Hilfe!

Sächsische Teilnehmer zum Antikriegskongreß in Amsterdam

Alle Teilnehmer am Antikriegskongreß in Amsterdam sollen folgende Fragen beantworten:

1. Jeder sächsische Delegierte melde sich umgehend schriftlich bei dem Deutschen Komitee des Kongresses, Dr. Felix Baumbach, Berlin-Charlottenburg, Schillerstraße 32, da sonst die Gefahr besteht, daß er auf dem Kongreß nicht zugelassen wird.
2. Bis Mittwoch, den 21. August, 12 Uhr, muß für jeden Delegierten, der am Sammeltransport der sächsischen Delegierten teilnehmen will, das Fahrgeld in Höhe von 30 RM eingekauft werden. Die Delegierten fahren von Leipzig bis Schloß mit Fahrpreisermäßigung.
3. Die Abfahrt erfolgt am Freitagabend ab Leipzig. Alle Delegierten treffen sich um 20 Uhr im Reichsbahnhof, Wintergartenstraße (Nähe Hauptbahnhof).
4. Jeder Kongreßdelegierte muß das Fahrgeld, Essen und den Markt Kongreßbeitrag mitbringen.
5. Jeder Delegierte muß im Besitze eines Auslandspasses ohne Visum sein.
6. Alle Arbeiter, oder Organisationsvertreter, die als Gäste am Kongreß teilnehmen wollen, melden sich ebenfalls bei der Berliner Adresse oder an die Adresse: Fritz Seidmann, Leipzig C 1, Grenzmarktstr. 4.

Alle Organisationsstellen und alle Betriebe, die einen Delegierten gestellt haben, müssen dafür Sorge tragen, daß der Delegierte auch unbedingt zum Kongreß fährt, d. h. daß die Finanzierung sichergestellt wird!

Verbandstag des MW im Zeichen gesteigerter Kommunisten-Hege

Portmund, 23. Aug. (Eig. Draht.) Seitern begannen die Verhandlungen des MW-Verbandstages in Portmund. Nach Angabe des Präsidiums waren 283 Delegierte anwesend. Die Tagung steht im Zeichen einer wüthen Kommunistenhege. In einer Eröffnungsrede erklärte Reichel: „Wir sind bereit mit jenen Christen zu arbeiten die gewillt sind Wege zu gehen, die aus der Not der Zeit führen.“

Dah das nur ein engeres Zusammenwirken mit den Nazis hieße, beweist die alles in den Schatten stellende Rede Brandes. Bei der Eröffnung des Berichtes behauptete Brandes: „Was sich in der SV zeigt, ist kein Sozialismus — sondern Sozialfaschismus. Die KPD ist Schuld am Wachsen des Faschismus.“

In einer Situation, wo die Arbeiter kümmerlich nach Herstellung der roten Einheitsfront drängen, halten die MW-Bürokraten verwerfliche Behauptungen gegen die kommunistische Bewegung. Wir sind besten gewillt, daß die faschismusbewusste Arbeiterklasse in ganz Deutschland nur mit Empörung diese Hege der

„Die Fanfare“ verboten

Verbotgründe dürfen nicht veröffentlicht werden

Die „Fanfare“, das Organ der roten Massenbewegung gegen den Faschismus und des Kampfbundes gegen den Nationalismus ist vom Berliner Polizeipräsidenten Dr. Weidner mit sofortiger Wirkung bis zum 7. Oktober 1932 verboten worden. Die Gründe für das Verbot der täglich erscheinenden antifaschistischen Zeitung sind nicht veröffentlicht worden. In einem Schreiben des Berliner Polizeipräsidenten heißt es darüber wörtlich: „Eine Veröffentlichung der Verbotgründe würde zu einem erneuten Verbot der Zeitschrift führen.“

Proletarisches Kabarett verboten

Leipzig. Eine für Sonnabend vorgeplante Kabarett-Vorstellung des Kollektivs junger Schauspieler, die bereits genehmigt war, wurde verboten wegen angeblicher Gefährdung des Bergfriedens.

Stärkste Konzentration unserer Kräfte auf betriebliche Mobilisation!

Das Plenum der BL Sachsen der KPD tagte

Am Sonnabend tagte in Leipzig das Plenum der BL Sachsen der KPD, um eine Reihe politisch außerordentlich wichtiger Fragen zu beraten. Im Vordergrund stand selbstverständlich der Kampf der Textilarbeiterklasse gegen den Lohnraub, wüthen Genosse Jäkel referierte.

In der Diskussion sprach mit verlängerter Redezeit der Genosse Seidmann, der zunächst die richtige politische Bedeutung der betrieblichen Kämpfe in Belgien behandelte und dann darauf hinwies, daß die bevorstehenden Kämpfe in Sachsen die Mobilisierung der ganzen Arbeiterklasse notwendig mache.

Die betrieblichen Kämpfe der Arbeiter schlagen wird, weil sich in diesen Kämpfen — wie es der große Erfolg in Belgien andeutlich zeigt — der Überzug der Arbeiter in das Lager der Revolution geradezu kümmerlich vollzieht, weitem die sozialfaschistischen Führer vor allem gegen diese Kämpfe. In Sachsen tun sie das gerade jetzt um so lauter, als ihre Mission hier gegenwärtig darin besteht, die Textilarbeiter von Kampfmaßnahmen zurückzuhalten.

Das ist der wesentliche Sinn der unflüchtigen Hege, wie sie im geistigen Leitartikel der Dresdner Volkzeitung zum Ausdruck kam und wie sie die Sozialfaschisten jetzt mit jedem Tag heiserer werden. Aber gerade dieses Geheiß beweist, daß wir auf dem richtigen Wege der Eroberung der Weichheit der Arbeiterschaft sind.

Vor der Antifaschistischen Aktion steht in erster Stunde die Aufgabe der beschleunigten Entloftung der revolutionären Kräfte, die es in der Antifaschistischen Betriebswoche, vor allem bei der Kampfmobilisierung der Textilarbeiter zu erfüllen gilt.

sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zur Kenntnis nehmen wird, deren Sinn wir schon von anderer Stelle der heutigen Zeitung gebührend gebrandmarkt haben.

Papierarbeiter rüsten zum Kampf

Dresden, 23. August. (Eig. Bericht.)

Nach 21. August nahm die Tätigkeit der Firma Thode, Papierfabrik, Halberstadt, Stellung gegen den geplanten Lohnraub. Sie beschloß einstimmig, Kampfmaßnahmen zu ergreifen, um die Beschäftigten zu unterstützen. In der Versammlung wurden zwei Delegierte für den Antifaschistischen Kampfkongreß am 23. August in Dresden gewählt.

Sachsen stelle einen entscheidenden Abschnitt der Kampffront dar. Die Unternehmerrasserie, geführt auf faschistischen Terror, muß auf die härteste Konzentrierung unserer Kräfte, auf die betriebliche Mobilisierung der Arbeiter setzen. In dem Genosse Seidmann die Kämpfe in Belgien, Polen, Tschechien und England im Zusammenhang mit den Aufgaben der kommunistischen Partei und ihrer Führerrolle behandelte, wies er auf die internationale Bedeutung des sächsischen Textilarbeiterkampfes hin. Zur Mobilisierung im Betrieb muß auch die Mobilisierung der gewerkschaftlichen Arbeiter verstärkt werden. Die Unternehmerrasserie auf einen tariflosen Zustand hin und die Gewerkschaftsbürokraten kommen ihnen entgegen mit ihrer Einstellung auf einen Guerillakrieg. Dieser aber bedeutet, einen Betrieb nach dem anderen abzurufen zu lassen.

Spontane Frauendemonstration in Leipzig gegen Hunger und Not

Wie die Leipziger Neuesten Nachrichten mitteilen, kam es am 18. August in Leipzig zu einer spontanen Demonstration von Arbeiterfrauen. In geschlossenem Zuge marschierten die Frauen durch die Peterstraße und brachten in Sprüchworten ihren Hunger zum Ausdruck und forderten gleichzeitig Arbeit und Brot. Wie die NNN mitteilen, legten sich die Frauen gegen die Polizei zur Wehr, als die Führer des Zuges verhaftet werden sollte. Die Polizei setzte ein Überfallkommando gegen die Frauen ein.

Die

Die zafel... Die E... von 24... Arbeitermass... 1932

der Betriebs... institutionen... 1932

1932

1931 konnte... 1932

Seit 1... Verleumdung... 1932

KI

Das... in den... 1932

Milke

1932

IS

1932

IS

1932

Die rote Weltstadt

Moskaus gigantische Entwicklung

Die rasende Entwicklung der roten Hauptstadt Moskau zeigen folgende Zahlen:

Die Einwohnerzahl stieg in Moskau von 1930 bis 1932 von 2,4 Millionen auf 3,38 Millionen und täglich strömen neue Arbeiter, Techniker, Spezialisten und Studenten in die Hauptstadt. Die Kapitalanlagen liegen von 0,2 Milliarden Rubel im Jahre 1918 auf 0,5 Milliarden Rubel im Jahre 1932 und werden sich auf Häuserbau, Straßenpflasterung, Wohlfahrtsleistungen und Arbeiterclubs und schließlich zahlreiche neue Betriebe, die außerhalb der Stadt errichtet werden. Nach der Revolution wurden in und um Moskau 60 neue Großbetriebe eröffnet, darunter die Fabrik "Elektrolam", die Kugellagerfabrik, die Automobilwerk "Stalin", die Moskau zu einer bedeutenden Industriestadt machen. Seit der Revolution sind in Moskau

Über 200 Clubs für die Arbeiter

Über 200 Clubs für die Arbeiter, der Betriebe, der Straßenbahnen, der Behörden und Regierungsstellen errichtet worden. Große Erholungsparke sind den Werktätigen, um ihnen neue Kräfte zu bringen. Während vor der Revolution 25 Prozent der Moskauser Bevölkerung unbeschäftigt waren und leidend tausende Handarbeiter und Bauern in die Hauptstadt zogen, um in den Betrieben Arbeit zu finden, ist die Zahl 1932 auf 15,8 Prozent gesunken, während heute das Analphabetentum unter den Moskauser Werktätigen kaum mehr vorhanden ist.

Während des Bestehens der Sowjetmacht werden ganze neue Stadtviertel erbaut, 1931 wurde fast jeden dritten Tag ein neues mehrstöckiges Wohnhaus für die Arbeiterschaft errichtet, das mit elektrischem Licht, Zentralheizung oder Ofenheizung, Kanalisation, sowie sogar mit Wärmehäusern und Radioanlagen versehen sind.

1932 wird fast jeden Tag ein neues Haus fertiggestellt

1931 konnten 50 000 Moskauser Arbeiter neue Wohnungen beziehen, in diesem Jahre sind es bereits 200 000 Arbeiter, darunter viele ausländische Arbeiter, die in Moskauser Betrieben beschäftigt sind.

Mit der Vergrößerung der Zahl der Wohnungen steigt auch der Wasserverbrauch. Während früher täglich 35 Millionen Liter Wasser von der Moskauser Bevölkerung verbraucht wurden, steigt der Wasserkonsum jetzt auf 150 Millionen Liter. Um diesen Wasserverbrauch zu bewältigen, sind großartige Bauten im Gange. So wird vor allem die Moskauser Wasserversorgung — der Moskwa-Fluß — durch einen Kanal mit der Wolga verbunden, um den Wasserverbrauch des Flusses zu heben, den Wasserverbrauch mehr Wasser liefern zu können und zugleich die Moskwa für größere Schiffe schiffbar zu machen. Nach der Fertigstellung des Moskwa-Wolga-Kanals, der bereits im Bau genommen wurde, wird Moskau zu einem Binnenhafen erster Ordnung mit zwei Handelshäfen im Nordwesten und Südosten der Stadt.

Die engen Gassen machen modernen Asphaltstraßen Platz

Seit 1931 wird auch größtes Gewicht auf die Straßen- und Verkehrsverhältnisse in Moskau gelegt. Die Sowjetunion erbt eine Stadt mit über 3000 kleinen engen Gassen. Die Straßen waren teils überhaupt nicht oder mit Feldsteinen gepflastert. Von den 18 Millionen Quadratmeter Wegen und Straßen Moskaus waren ein Drittel gänzlich ungepflastert, als die Sowjetmacht die Stadt übernahm.

Ende 1932 werden insgesamt an 700 000 Quadratmeter asphaltierter Straßen bestehen. Die Asphaltierung wird nach dem neuesten amerikanischen Verfahren durchgeführt. Nach dem Festlegen der Straßenbreite für ausländischen Straßenbauer werden auch in Moskau die alten hölzernen und gemauerten Häuser niedrigeren und an Stelle enger, lichtloser, ungesunder Straßen große Boulevards angelegt.

Strassenbahnnetz von 500 Kilometer Länge

Das Verkehrsnetz war in Moskau vor der Revolution erst in den Anfangsstadien. Die Interessen der Werktätigen wurden in dieser Hinsicht überhaupt nicht berücksichtigt. So hat sich in

Einheitsfront führt zum Generalstreik

Die gesamte Arbeiterschaft von Granada führt die Forderungen der Kommunisten durch

(Brief aus Granada)

Aus den zahlreichen Protestaktionen der spanischen Arbeiterschaft gegen den monarchistischen Völkerverrat ist jene der revolutionären Arbeiterschaft von Granada, die mit besonderer Festigkeit und Hartnäckigkeit geführt wurde, hervorzuheben. Die revolutionäre Arbeiterschaft Granadas veranstaltete mächtige Demonstrationen, besetzte die Wohnungen bekannter Monarchisten und deren Vereinstafeln in Brand, errichtete Waffenschatzen und besetzte so ihren letzten Entschluß, die durch die monarchistische Unterdrückung gefährdete Weiterentwicklung der Revolution bis aufs Äußerste zu verteidigen.

Die sozialdemokratisch-republikanische Regierung, die den Vorkriegsbereitungen der Monarchisten ruhig zusah, schloß gegen die revolutionären Arbeiter Granadas die Polizei ab und mit Maschinengewehren bewaffnete Soldaten. Zwei Arbeiter wurden durch die Polizei getötet, viele verwundet. Über 200 kommunistische und sozialistische Arbeiter, die bei der Revolution gegen die Monarchisten verteidigt haben, wurden von der sozialdemokratisch-republikanischen Regierung verhaftet.

Im Kampfe für die von den Kommunisten aufgestellten Forderungen: Erleichterung der realen Löhne, Generalstreik, Freilassung der eingekerkerten Arbeiter, Ablegung des

Regierungsamtes für Granada, hatten die kommunistischen, anarchistischen und sozialdemokratischen Arbeiter Granadas die Einheitsfront der Angehörigen der verschiedenen Parteien Granadas sich für die Regierung gezwungen, ihren Forderungen in Granada von ihrem Votum abzusehen.

Die Abwehrbewegung der spanischen Arbeiterschaft gegen die monarchistische Gefahr, die in allen Städten, besonders aber in Sevilla und Granada, so mächtig zum Ausdruck kam, ist durch eine Tatsache gekennzeichnet, die besonders unterstreichen werden muß. Es ist die Tatsache, daß in dieser Bewegung die sozialdemokratischen, anarchistischen und kommunistischen Arbeiter die Einheitsfront auf Grund kommunistischer Forderungen herstellten, daß die Arbeiterschaft über die Köpfe der sozialdemokratischen und anarchistischen Führer hinweg gemeinsame Sache mit den Kommunisten machten. Diese Tatsache ist von großer Bedeutung. Sie beweist, daß die Werktätigen Spaniens einig sind, daß nur die Einheitsfront aller Werktätigen den siegreichen Kampf gegen die Bourgeoisie ermöglichen kann. Diese Einheitsfront der kommunistischen, sozialdemokratischen und anarchistischen Arbeiter ist ein großer Erfolg der von den kommunistischen Partei Spaniens befolgten Taktik.

Japans Vorstoß nach Jehol

17 von 30-Milliarden-Etat für Kriegszwecke

Mukden, 22. August. Die Japaner haben die Stadt Hanling in der Provinz Jehol nach heftigen Kämpfen mit chinesischen Truppenabteilungen besetzt.

In der Mandchurien mehrten sich die Angriffe der Partisanen auf japanische Truppen. Während der letzten Tage wurden eine Reihe von Häfen auf verschiedenen Strecken, vor allem im Süden der Mandchurien, von Partisanen zum Einstellen gebracht. So auf der Strecke Kijin-Tungua, bei der Station Tsingli an der Kijin-Hailun-Strecke, in der Nähe des Bahnhofs Fenchou, an der südmandchurischen Eisenbahn. Ein japanischer Panzerzug kurzlich nicht weit von Kijin an den Eisenbahndamm herunter.

Trotz der in aller Eile angelegten Sandbaggerungen und teilweise um die mittleren Stationen aufgeworfenen Schützengräben mehrten sich die Angriffe von Partisanenabteilungen auf die Bahnhöfe. So wurde in den letzten Tagen von folgenden Stationen über Angriffe berichtet: Auf die Station Tjanshan an der südmandchurischen Eisenbahn, südlich von Tsaojan, auf den Bahnhof von Anshan, auf die Station Gungshanlin, südlich von Tschangschung, und auf zwei Stationen in der Nähe von Mukden.

Teile, 22. August. Der japanische Staatshaushalt weist 30 Milliarden Yen auf. Hieron wurden dem Kriegs-

Moskau mit der Zeit ein großes Straßenbahnnetz ausgedehnt, das eine Länge von ungefähr 600 Kilometer hat. Der Straßenbahnverkehr nimmt im Vergleich zu den Städten der kapitalistischen Länder von Jahr zu Jahr zu und erreichte bereits 1,8 Milliarden Passagiere jährlich. Hinzu kommt, daß die Erhaltung des Straßenbahnnetzes kein einziges Mal erhöht, wie es z. B. in Berlin und anderen Großstädten des Auslandes vorkommt, sondern daß auch die längste Strecke der Weltstädte in Moskau für 10 Kopfen fahren kann.

Moskau bekommt eine Untergrundbahn

Schließlich wird zur Verbesserung des Verkehrs in Moskau an der ersten Untergrundbahnlinie gearbeitet, die die Stadt in der Richtung von Kozjok nach Süden durchqueren wird. Ende 1933 wird die erste Strecke in einer Länge von 12 Kilometer eröffnet werden und eine feste Erleichterung des oberirdischen Verkehrs in den Moskauser Straßen bringen.

Ministerium 17 Milliarden zur Verfügung stellt. Die Hungersnot im Lande steigt immer höher, gleichzeitig auch die Bewegung der Hungernden gegen die Regierung. In Tokio fanden jetzt fast täglich Arbeitslosen Demonstrationen statt. In einem Kommuniqué der Polizeidirektion wird erklärt, daß die Demonstrationen von der kommunistischen Partei und vom kommunistischen Jugendverband organisiert worden seien, die seit dem 1. August mit der Massenorganisation unter der Leitung: "Wir fordern die Vertreibung von Kels" begonnen haben. Das Kommuniqué behauptet, daß diese Organisation immer mehr Einfluß gewinnt.

Leichte Strafen für Postoffiziere geplant

Madrid, 22. August. Der Prozeß gegen General Sanjurjo soll am Mittwoch oder Donnerstag erst beginnen. Seine Verteidigung hat einer der ersten Rechtsanwältinnen unter der Monarchie, Bergamini, übernommen. Der Generalstaatsanwalt erklärte, er werde wahrscheinlich in seiner Anklage den Kopf Sanjurjos fordern, da sich sonst das Volk nicht beruhigen werde. Dagegen sollen für alle übrigen Postoffiziere und monarchistischen Beamten nur leichte Strafen beantragt werden.

Vor Generalstreik im Londoner Verkehr


London, 22. August. News Chronicle berichtet, daß ein Streik der 25 000 Londoner Autobusangehörigen bevorsteht, da auf einer Konferenz der Angestellten eine Probeabstimmung über die Lohnfortführungen und die Arbeitsbedingungen eine riesige Mehrheit für die Ablehnung ergeben habe. Die Autobusangehörigen seien über, daß sich ihnen 43 000 Straßenbahnangehörige anschließen werden, die mit ihren letzten Lohnforderungen sehr unzufrieden seien.

Kommunalarbeiter-Generalstreik in Grodno

Minsk, 22. August. In Grodno brach der Generalstreik der Gemeinbediensteten gegen Lohnabbau aus. Der Streik verlief sehr blutig. Auch die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke haben sich dem Kampf angeschlossen.

Klassenbewußte Arbeiter werden Mitglied und decken ihren Bedarf im Konsumverein Vorwärts!

Mike Pell:



S.S. UTAH

Roman einer amerikanischen Schiffmannschaft

Copyright by Internationale Arbeiter-Verlag, Berlin C 23

29. Fortsetzung.

„Haben Sie bemerkt“, meckerte der junge Windecker, „daß man in den Touristen-Läden nur Valuta annimmt? Wissen Sie, warum? Man betreibt sich vor auf den baldigen Zusammenbruch! Dann werden die „grünen-Dollars“ die ganze Valuta zusammenkaufen und aus dem Lande verschwinden. Und die kleinen Leute, die sich heute die Köpfe abreißen vor lauter Arbeit, werden im Dreck erstickend.“

Die ganze Vorgesellschaft war sich darüber einig. Das mußte schon stimmen. Eines Abends jedoch ging Windecker zu die Stadt. Zwei Rabatten waren seine Leidnadeln.

Später erzählte er der Steuerfrau seine Geschichte: „Wissen Sie, diese Holländerinnen sind immer so verzweifelt. Ich habe ihnen das Europa-Hotel in einem großen Gebäude am New-Jersey-Platz gezeigt. In einem großen Gebäude am New-Jersey-Platz fragten sie mich danach. Ein Hausen Menschen lag dort herum, aber nicht ein einziger konnte englisch sprechen. Das ist mal deutlich, wie gebildet sie sind. Nun, schließlich haben wir ihnen zu verstehen, wohin wir wollten. Und wissen Sie, was die Rabatten über machten? Sie wollten uns ein Auto mit Chauffeur zur Verfügung und der fuhr uns nun in einem hochadeligen Wagen zum Hotel. Als ich ihn bezahlen wollte, weigerte er sich, etwas anzunehmen. Wollten Sie nicht auch, daß das alles nur Scheinheiligkeit war?“

„Aber natürlich!“ räumte die Steuerfrau ihm zu.

„Das Europa-Hotel wird als eins der ersten Hotels hier gepriesen. Aber gar nicht zu vergleichen mit unseren Hotels.“

„Sind Sie sonst irgendwas hingegangen?“

„Nein! Keiner! Mir gefällt dieses Land nicht. Ich bin ohne Vorurteil hierher gekommen, aber ehrlich gesagt, man findet hier absolut nichts, das irgendwelche Beachtung wert wäre. Ich weiß wirklich nicht, warum man solche Worte über dieses Land macht.“

„Nun, wir werden bald wieder drauhen sein, Gott sei Dank!“

„Sagte die Frau des Steuermanns.“

„Ja, Gott sei gelobt.“

Damit war der Gesprächsstoff erschöpft.

„Wo sind Forten und die anderen?“

„Oh, Kapitän Thibden hat sie zu seinem Schiff eingeladen. Sie sind alle wieder gegangen.“

„Schade! Was können wir nun tun?“

„Ich habe etwas zu trinken“, schlug die Steuerfrau vor.

„Ah, blendend!“ Erwartungsvoll folgte er der Frau in deren Kabine...

Etwas drei Stunden später, als die Tritte des Altes und des Ersten auf der Gangway ertönten, kam der Bankierssohn aus der Kabine herausgelehnt und laufte in die Toilette. Seine Kleidung war nicht ganz in Ordnung.

XIV.

„Wir sind keine Sklaven mehr!“

Die Leningrader Schauerleute waren zum größten Teil vor gar nicht langer Zeit noch räuberische Landarbeiter. Durch die Einführung von Traktoren und modernen Produktionsmethoden waren sie freigestellt worden. Hier in der Stadt heißt man sie wieder ein und zwar unter Aufsicht der Strohbrigaden, die ihnen alle Feinheiten und Kniffe der Arbeit beibrachten und ihre Begleitung für die feierliche Durchführung des Fünfjahresplanes wählten.

Um halb 11 Uhr morgens ereignete sich ein Unfall. Der Windecker wurde durch, mit dem gerade ein schwerer Traktor aus der Kabine herausgefahren wurde. Die Räder donnerten hinunter in den Laderaum.

„Suchtort!“ rief der Steuermann herbeigerufen.

„Der Hundel! Ich habe roten Haarbald!“ rief er.

Ein Duft blösender Schamperonen und Beleidigungen folgte.

*) Druckfertig.

Der Vorarbeiter der Schauerleute eilte hinunter, um festzustellen, ob jemand verletzt war. Dann rief das Schreien seiner Pfeife alle Schauerleute an Deck.

Auf diesen Lärm hin rannte die Besatzung aus der Kajüte. Der Pole war der einzige unter ihnen, der die Worte des Vorarbeiters verstand. Dieser sprach etwa fünf Minuten, während welcher die Schauerleute drohende Blicke auf den Steuermann richteten. Der Steuermann begriff, was los war. Er jag keine.

Es wurde eine Abstimmung vorgenommen, worauf alle Schauerleute gemeinsam mit den Frauen, die die Windecker bedienen, vom Schiff marschierten.

„Was ist los?“ fragte die Mannschaft.

Der Pole erklärte: „Der Normann rief alle zusammen und sagte ihnen, daß der Steuermann sie mit vielen dreißigen Namen beleidigt hätte. Es sei nicht ihre Schuld gewesen, wenn der Windecker runter gedrohen war, denn es war ein altes, verbrauchtes Drahtseil, viel zu dünn für eine so schwere Ladung. Und selbst wenn es ihre Schuld gewesen wäre, sagte der Normann, hätte niemand das Recht, auf diese Weise mit freien Sowjetarbeitern zu sprechen.“

„Wo sind sie denn hingegangen?“

„Sie stimmten ab und haben beschlossen, das Schiff zu verlassen.“

Stanley pliff durch die Zähne. „Junge, Junge, das ist verflucht ernst! Die Kerle können uns hier eine ganze Woche lang andbinden!“

„Nein, wir können wir für immer hierbleiben!“ lachte Ed.

Der Alte kam. Er war nervös und sorgenvoll, als er die Gangway hinunter an Land eilte. Später hörte dann der Pole, was einer der Schauerleute dem Umstehenden erzählte.

Der Alte ging zum Hafenkommissar und bat ihn, die Leute zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Der Kommissar mußte zum Vorstand der Schauerleute gehen, weil sie eine Beschwerde gegen den Steuermann eingebracht hatten. Nun führten die Schauerleute sofort, in Gegenwart des Altes, eine Versammlung durch und beschlossen, nur unter Zustimmung zweier Forderungen die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie verzichteten, daß der Steuermann öffentlich vor den Leuten für die Beleidigungen Absicht leisten solle und zweitens, daß der Kapitän den vollen Lohn für die verlorenen drei Stunden anzubieten müsse. Der Alte mußte ohne Widerspruch alles versprechen. (Fortsetzung folgt.)

Der Staubläuger und ich

(Arbeiterinnenkorrespondenz)

Von den städtischen Plakatläden leuchtete ein Kellamplak. Nicht der Anschlag des Verbandes der Margarinefabriken war es, das sich mit der Papierregierung und den Großhändlern über die Margarinesteuer auseinandersetzte, die doch kommt und von den Arbeitern getragen werden muß, weil die Herrschaften, bei denen wir Hausangestellte den Preis für die Margarine kaufen, keine Margarine essen. Das Plakat, das meine Aufmerksamkeit anregte, sollte für den Staubläuger Reklame machen. Mit Milch und vielleicht viele Hausangestellte war es eine gewisse Bekanntschaft, denn dieses Reklamemädchen zeigte ein über den Kopf eingeklinkenes Dienstmädchen und daneben einen modernen Staubläuger. Ich frage mich, ist es nicht ein Standal, daß man immer hinsteht als Hausangestellte und nicht als Staubläuger? Ist das auch der Entwerfer des Plakates seine Meinung, wie wir nun nach bis spät nachts arbeiten müssen. Das geringe Monatsgehalt steht in keinem Verhältnis zu unserer so leistenden Arbeit. Wenn uns die Herrschaften auch einlassen wollten und uns zum Kaffeemögen Denken abhalten, so müssen wir doch erkennen, daß wir gerade mit unseren Kleinstgehältern im Betrieb und auf der Stempelstelle gemeinsam den Kampf führen müssen für Verbesserung unserer Lebenslage.

Nach wie als Hausangestellte müssen Delegierte wählen zu dem Antifaschistischen Frauenkongress in Dresden!

„Die Matrosen von Cattaro“

Tatsachen aus dem Jahre 1918 behandelt das Schauspiel des bekannten Schauspieler Friedrich Wolff. Der Freundeskreis „Junge Wäher“, Verein zur Förderung des aktuellen Theaters, hat das Stück neu inszeniert und bringt es am Freitag, dem 24. August, 20 Uhr, im Regiertheater, Friedrichstraße, zur Aufführung. Eintritt: Erwerblose 25 Pfennig, revidierter Platz 35 Pfennig; Vollarbeiter 40 Pfennig, revidierter Platz 50 Pfennig.

Das Drama - ein internationaler Bühnenerfolg!

Friedrich Wolffs Drama „Die Matrosen von Cattaro“ ist ins Spanische, Spanische, Rumänische und Ukrainische überetzt worden und erlebt noch in dieser Spielzeit in all diesen Ländern seine Aufführung.

Der Unterstützungsabbau wird fortgesetzt

Über 300.000 Wohlfahrtsverwerbslose in Sachsen

Nach den Mitteilungen des Statistischen Landesamtes ist die Zahl der Wohlfahrtsverwerbslosen auch weiterhin stetig. Nach den Meldungen der Bezirksämter sind an das Statistische Landesamt wurden Ende Juli 1932 in Sachsen 307.389 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtsverwerbslose gemeldet, gegenüber 287.711 am Ende des Monats Juni, so daß im Juli eine Zunahme um 20.678 oder rund 7,3 % zu verzeichnen ist. Berücksichtigt man noch die 7.833 Unterstützungsempfänger, deren Unternehmung als Wohlfahrtsverwerbslose das Arbeitsamt am Ende Juli nicht ausgesprochen oder abgelehnt hatte, so ergibt sich, daß in Sachsen Ende Juli 315.222 Arbeitslose oder rund 10,6 % aller untertütigten Arbeitslosen Wohlfahrtsunterstützung der Gemeinden erhielten, während auf die Unterstützungsempfänger 27.549 und die Arbeitslosen 151.412 Hauptunterstützungsempfänger - zusammen 14.301 weniger als Ende Juni - entfielen.

Die auf 1000 Einwohner errechnete Zahl der anerkannten Wohlfahrtsverwerbslosen erreichte Ende Juli 1932 im Landesdurchschnitt 61,8 (gegen 59,8 am 30. Juni 1932 und 32,0 Ende Juli 1931). Besonders groß ist die Wohlfahrtsverwerbslosigkeit in folgenden Städten mit mehr als 10.000 Einwohnern:

Birma 103,7, Heidenau 99,8, Freital 88,8, Freiberg 84,5, Hainberg 81,5, Cöthen 76,5, Weißen 73,5, Bautzen 72,8.

Unter den ländlichen Bezirksämtern sind folgende Städte besonders betroffen: Pirna (107,7), Fichta (74,3), Aicha (70,5) und Dresden (62,9) an der Spitze.

Wie der langen Dauer der Wohlfahrtsverwerbslosigkeit werden immer mehr Arbeitslose aus der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen. Die Notverordnung mit der Einführung der Bedürftigkeitsprüfung nach schwachem Bezug der Wohlfahrtsunterstützung, hat aber den Rahmen der Wohlfahrtsunterstützung etwas auch eine große Zahl der Arbeiter in der Arbeitslosenversicherung auf die Hungerlinie der Wohlfahrtsunterstützung herabgedrückt.

Wie aus den Mitteilungen des Landesamtes hervorgeht, wird ungefähr die Hälfte aller aus der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenversicherung auscheidenden Erwerblosen, die Wohlfahrtsunterstützung der Gemeinden erhalten. Nachdem sie schon längere Zeit nur die Arbeitslosenunterstützung erhalten haben, bekommen sie keinen Pfennig mehr. Sie werden dem Verhungern preisgegeben.

Wie sich der fortwährende Unterstützungsabbau und Lohnraub auf den Umsatz im Handel der lebensnotwendigen Bedarfsgegenstände auswirkt, beweisen die zahlreichen Konkurse. Nach den Mitteilungen des Statistischen Landesamtes sind im Juli 144 (im Vormonat 160) Konkursverfahren zur Eröffnung gelangt worden. Von diesen entfielen 79 auf die Städte Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen und Zwickau, 72 Konkursverfahren wurden während 72 (im Vormonat 65) mangelnde Käufe abgelehnt sind. Von den neuen Konkursen entfielen 14 auf die Industrie, 59 auf den Warenhandel (davon 8 Großhandel), 22 auf sonstige Gewerbe (Handwerk, Gast- und Schankwirtschaft usw.) und 5 auf die Landwirtschaft.

Dah es sich bei den Konkursen vor allem um Kleinere Wirtschaften handelt, geht schon daraus hervor, daß die Forderungen von diesen 80 Fällen allein bei 50 Fällen nicht höher als 10.000 Mark sind. In 7 Fällen betragen die voraussichtlichen Forderungen nicht einmal 1000 Mark. Die Kleingewerbe betriebe werden gerade zugrunde, weil die Arbeiter Gehalt nicht bekommen und sich nicht einmal mehr genug verkaufen können und viel weniger noch die Möglichkeit besitzt, ihre persönliche Kleidung zu erneuern. Arbeiter und Kleingewerbetreibende gehören deshalb gemeinsam in die rote Einheitsfront der Antifaschistischen Aktion.

Wohnungsnot - Geißel der Armen

Dor neuen Abbauplänen. Wie könnte in Dresden die Wohnungsnot beseitigt werden

Die 5. Notverordnung übertrifft an reaktionären Plänen alles, was vor dem auf diesem Gebiete geleistet worden ist. Wie aber verhalten, soll auch für das Wohnungsproblem eine weitere Abbauperiode geplant sein. Die amtliche Wohnungswirtschaft soll sobald als möglich aufgehoben werden. Der Wohnungsbau soll, so heißt es in amtlichen Publikationen, in härterem Maße der privaten Initiative überlassen bleiben. Das Kommando dazu gibt die Preußenregierung mit ihrer Landesnotverordnung. Danach dürfen Gelder aus der Mietsteuer nicht mehr zum Wohnungsbau, sondern nur noch für die Zwecke des sanitären Apparates verwendet werden. Die Gemeinden erhalten überhaupt nichts mehr aus der Mietsteuer. Das bedeutet, daß jeder Wohnungsbau stillsteht. In Dresden haben wir schon seit 1929 einen fortgesetzten Rückgang der Wohnungsbauwirtschaft. Das hat zur Folge, daß gegenwärtig 86 Prozent aller Bauarbeiter arbeitslos sind. Die Wohnungsnot vergrößert sich dadurch ins Unermessliche. Im letzten Jahre wurden in Dresden nicht einmal ein halbes Tausend neuer Wohnungen erstellt.

Was wäre in Dresden möglich?

Nach amtlichen Berechnungen beträgt der Anteil Dresdens für 1930 am Aufkommen der Mietsteuer rund 7.580.202 Mark. Da die Stadt als Gemeinde und Bezirksfürsorgeverband nur 23,1 Prozent des gesamten Aufkommens erhält, während der gesamte übrige Teil an den Staat abgeführt werden muß, so hätte letzterzeit das Aufkommen rund 2.820.000 Mark betragen. Für 1932 ist der Teil des Aufkommens den die Stadtgemeinde Dresden zu erhalten hat, mit 8.000.000 Mark im Etat eingestellt. Das würde bedeuten, daß Dresden ein Gesamtvermögen haben müßte von rund 23.400.000 Mark.

Warum werden diese Gelder nicht zum Wohnungsbau verwendet? Würde diese Steuer nach der Begründung durch Sozialdemokraten und Bürgerliche nicht zum Zwecke des Wohnungsbaus eingesetzt? Was könnte mit diesem Gelde in Dresden gebaut werden?

Gegenwärtig kostet eine Normalwohnung bestehend aus Stube, Kammer, Küche, Bad, Innenklosett im Gehobebau herzustellen 8500 Mark. Würde man ohne jeden anderen Zuschuß die Mietsteuer nur zum Wohnungsbau verwenden, so würden in diesem Jahre rund 4500 Wohnungen hergestellt werden können. Wenn man aber, wie das im vergangenen Jahre bereits getan worden ist, zu jeder Wohnung 50 Prozent Sparfahrgelder als verbilligte Hypothek nimmt, dann müßte rund doppelt so viel Wohnungen, also 9000, hergestellt werden können. Dabei bestünde die Garantie, daß die Miete wirklich in etwa gleicher Höhe bemessen werden könnte. Dresden hat heute gegen 30.000 fehlende Wohnungen. In kürzester Frist würde, bei der Durchführung dieses Programmes, die Wohnungsnot behoben sein.

Wo bleiben die rückfließenden Gelder aus der Mietsteuer?

Mit den Mitteln der Steuer wurden 1929 bis 29 Tausende von Wohnungen erstellt. Die Steuer wird von den Bauherren, denen sie ausgeliehen wurde, verzinst und getilgt. Die Summe die auf diese Weise jährlich an die Stadtgemeinde zurückfließt, wird auf zwei Millionen geschätzt. Wo bleiben diese Gelder? Warum werden sie nicht zur Mietverbilligung für Erwerblose und Kinderreiche in Neubauwohnungen und teuren Altbauwohnungen verwendet?

Unzweifelhaft beweist, daß sowohl Miete verbilligt, wie auch genügend Neubauwohnungen erstellt werden könnten, wenn die Gelder, die durch Steuern aus den Taschen der Verdienenden herausgeholt werden, ihrem wirklichen Zweck zugeführt würden.

Für diese Forderungen aber kämpft allein die Kommunistische Partei, die in dieser Richtung sowohl in den Gemeindeparlamenten sowie im Reichs- und Landtag fortgesetzte Kämpfe unternommen hat.

„Madonna wo bist du“

Das Zentral-Theater eröffnet seine diesjährige Operettensaison mit der Operette „Madonna, wo bist du?“ von Bertuch und Dehnert. Es ist der übliche bürgerliche Operettentitel um das Thema „Liebe“, gemischt mit dem unwahrscheinlichen Operettenelement. Und die Musik Albert Haisbachs, für die sich Salvo Wollse und sein Orchester temperamentvoll einsetzt, ist ebenso unwichtig und ungeschicklich. Der Erfolg dieser Operette ist neben der bewußt hochgezückelten Anpreisung des Publikums in erster Linie der ausgeprägten Führung zu danken. Curt Hamppe hat als Spielleiter für ein flottes und auch in den Dialogen gutes Spiel gesorgt. Die Ausführung wird getragen von Alfred Haisbach, dessen feine Charakterisierungsfähigkeit von seiner Tätigkeit an der „Komödie“ bezeugt ist. Seiner Partikulation des auf die Geliebte zu Gunsten eines jüngeren edel verziehenden Barons ist es zu danken, wenn diese füllig-ungläubwürdige Operettensituation manchmal erträglicheres Leben erhält. Das sentimentale Liebespaar wird durch Gretel Haisbach, deren Können sich nach erneutem und Curt Hamppe, der einige stimmliche Mängel durch sein natürliches Spiel weitmacht, sehr gut verfährt. Für die humorvolle Seite sorgen die sehr bewegliche Georgia Lind und der bewährte Volbi Haisbach. In kleinen Charakterrollen Jura Kallner als flüchtige Theatergarderobier und Rudolf Haisbach als Schlägerfabrikant. Der Komponist und die Herren Textverfasser müssen sich für den Erfolg ihrer Operette bei den Darstellern bedanken.

Strahnenbahnleitung. In den Nächten vom 23. bis 27. August von 0.30 bis 5 Uhr wird wegen Bauarbeiten auf der Reifendorfer Straße in beiden Richtungen umgeleitet. Linie 20 zwischen Volkspark und Kronprinzenstraße über Bettendorfer, Köhler, Colster, Hainstraße. Auf der Linie 7 muß an der Baustraße umgeleitet werden.

Kutschhalle. Von Montag, den 22. August 1932, 22 Uhr, bis Sonnabend, den 27. August 1932, mittags 12 Uhr, werden die Wagen der Kraftomnibuslinien 2 und 3 zwischen Reifendorfer und Bernerstraße über Reifendorfer und Bernerstraße in beiden Richtungen umgeleitet. Ersatzhaltestellen werden errichtet: 1. in der Einmündung der Bernerstraße für beide Richtungen; 2. an der Ausmündung der Bernerstraße vor dem Wägenfeld der Linie 3 für beide Richtungen; 3. in der Einmündung der Reifendorferstraße für die Schillingplatzwagen für beide Richtungen.

Varieté für Erwerblose

Veranstaltungen für Erwerblose, Invaliden, Kriegsbeschädigte, Rentner, Witwen usw. in der Woche vom 22. bis 28. August 1932

Volkstheater-Vorstellungen der Interessengemeinschaft engagierten Arbeiter der Internationalen Arbeiterliga. - Dienstag: Volkshaus Weiden, Plauen. - Mittwoch: Schillerhaus, Cotta. Donnerstag: Künstlerhaus, Ende Brunner und Albrechtstraße. Bei schlechtem Wetter im Künstlerkeller, Eingang Brunner Straße. - Freitag: Reichsbanner, Ecke Königsbrüder Straße und Pilschowsky. - Sonnabend: Stadt Amsterdamm, Laubgasse. - Sonntag: Neuenpaltz, Leuben. - Einlass 10 Uhr, Anfang 10 Uhr. Vorführung des Erwerblosen, Invaliden, Kriegsbeschädigten und Rentnerausweises berechtigt gegen geringen Unkostenbeitrag zum Eintritt.

Hoffentlich sind sich die darstellenden Künstler ihrer Lage bewußt und erparen sich patriotischen Mühen. Wie er jetzt bei allgemeinen Varietévorstellungen üblich ist, da sich sonst die Arbeitslosen überlegen müßten, ob sie ihren letzten Groschen für Darbietungen ausgeben, die sich in der Konsequenz gegen sie richten.

Wohnenendfunktschulen am 27. und 28. August 1932

Thema: Unsere Stellung zu den Gemeinden

Sofort Ort, Lokal und Zeit an UWB melden. Beginn Termin Donnerstag, den 25. August.

Rente in Höhe eines Monatslohnes . . .

Nicht bei uns, in der Sowjetunion! Kriegsinvaliden, Rentner, Unterstüzungsempfänger, kämpft mit in Antifaschistischer Aktion!

Der Schloffer Urbans, ungarischer Kriegsgesangener, blieb in Jugland und kämpfte auf der Seite der Bolschewiki in den Revolutionsmonaten. Urbans ist dabei verwundet worden, so daß ihm das rechte Bein abgenommen werden mußte. Nachdem Urbans aus dem Krankenhaus entlassen wurde, ist er auf einen längeren Erholungsurlaub in ein Sanatorium nach der Krin geschickt worden, wo er seine Gesundheit wieder vollständig herstellen konnte. Nachdem ihm nun eine gute Heilung gebracht wurde, ist Urbans wieder nach Borsod, wo sein Wohnort vor dem war, entlassen worden. Seine Rente wurde in Höhe eines Monatslohnes eines Schloffers, der im Betrieb arbeitet, festgesetzt. Außerdem wurde Urbans mit dem Orden der „Roten Fahne“ ausgezeichnet, was eine der größten Auszeichnungen der Sowjetunion ist. Da Urbans nun aber geland und kräftig war, behagte ihm das Leben des dauernden Nichtstuns überhaupt nicht, so daß er einen Beschäftigungsantrag beim Moskauer Stadtkomitee stellte, der dazu Stellung nahm und beschloß, Urbans eine Stellung entsprechend seiner Kriegsverletzung zu geben. Urbans wurde als Bewalter eines Wohnkomplexes eingestellt. Der bisherige Bewalter, der 100 Prozent arbeitsfähig und von Beruf Schloffer war, wurde einem Betrieb zugewiesen, da ständig neue Arbeitskräfte gebraucht werden. Urbans bekommt nun neben seiner Rente freie Wohnung bestehend aus zwei Stuben, Kammer, Küche, Nebengelass, 200 Kubel monatlich (in der Sowjetunion braucht kein Kriegsgesangener Miete zu zahlen). Urbans, der inzwischen in Moskau getrauert und eine Familie gegründet hat, hat gar kein Verlangen mehr, nach Ungarn, seiner Heimat, zurückzukehren. Er hat sich voll und ganz dem proletarischen Staate zur Verfügung gestellt und ist in die Kommunistische Partei Juglands eingetreten. Er hat erkannt, daß nur, weil die Arbeiter und Bauern Juglands die Kapitalisten und Junker zum Trufel gejagt haben und selbst die Produktionsmittel und damit die Macht in die Hände nahmen, es möglich gewesen ist, für jeden Arbeiter, für jeden Kriegsgesangenen, für jeden Arbeitslosen den Brot, Arbeit und Frieden zu schaffen.

Darum müssen auch alle Kriegsinvaliden, Arbeitslosen usw. in Deutschland selbst mithelfen, ihre Lebenslage zu verbessern, damit es ihnen nicht mehr so weiter geht wie dem Schwerkrriegsbeschädigten B. in Osterburg (Altmark) und hunderten anderen in allen Orten Deutschlands täglich geht.

Der Schwerkrriegsbeschädigte B. in Osterburg (Altmark) bekam, als er aus dem Lazarett entlassen wurde (1917), nochmals den Dank des Vaterlandes vom Stabsarzt zugesichert und es sah auch ganz so aus, als ob die Republik dem Kriegsgesangenen B. danken wollte; denn es wurde eine Rente von 21 Mark monatlich für den Kriegsgesangenen B. festgesetzt. B. glaubte nun an den Dank des Vaterlandes und gründete in seinem Heimatort Osterburg eine Familie; denn er glaubte, daß die Rente nicht gekürzt werden würde. Aber die Rente von B. wurde durch die Notverordnung Brüning mit Unterstüzung der Sozialdemokratie und durch die Notverordnung der jetzigen Papen-Schleider-Gaul-Regierung so gekürzt, daß B. auf der Straße in Osterburg in den Armen eines Schlächtermeisters buchstäblich an Hunger und Entkräftung starb, wie die Presse vom 5. 8. meldet. Es polstert ja täglich in allen Orten Deutschlands, daß die Armen von Hunger umfallen oder sich das Leben nehmen. Alle, die nicht ganz gesund und voll erwerblich sind, haben ja nach dem Wort von der NSDAP kein Recht zum Leben und müssen ausgemergelt werden (nach dem „Angriff“, Organ der NSDAP, 20. 8. 1932).

Kriegsinvaliden, Arbeitslosen, Unterstüzungsempfänger! Wie lange noch wollt ihr hungern, damit die Reichen schlafen können? Der Tod des Kriegsgesangenen B. in Osterburg muß ein Signal sein für die Unterstüzungsempfänger, die vor die Frage und Entscheidung gestellt werden, ob sie - wie es im Falle B. geschah - hinterm Baum verrotten oder ob sie kämpfen wollen. Wir sind uns deswegen gewiß: Die Arbeitslosen, die Kriegsinvaliden, die Hungernden und Verkrüppelten, sie werden sich zum Kampf vereinigen, die Antifaschistische Aktion wird sie mobilisieren.

Nur „Arbeiterstimme“ kämpft für uns

Am vergangenen Donnerstag verfassten einige Genossen die Arbeiterstimme für die Markthallenkäuferinnen vor der neuen Markthalle. Diese Ausgabe enthält einen Artikel über die Zustände in der Großmarkthalle und fordert den Kleingewerbetreibenden den Abzug, trotzdem die Aufsichtsbeamten und die Polizei Schwierigkeiten bereiten. In kurzer Zeit waren 270 Exemplare umschickt und unter den Händlern entstand eine rege Diskussion. Wie wurden laut:

Nur die Kommunisten treten für uns Kleingewerbetreibende ein, nur die Arbeiterstimme berichtet über unsere Lage!

Gegen 5 Uhr früh wurden dann zwei Genossen mit zur Woche genommen, wo ihnen eröffnet wurde, daß das Verbot von Zeitungen in und vor der Markthalle verfallen sei, da jeder Zeitungsbesitzer verpflichtet ist, die Verkäufer ein Verbotshinweis darzustellen.

Wollt ihr wieder fallen, damit die Aktien steigen?

Nein, diesmal sollen die Wertpapiere in allen Ländern, was ihnen ein Krieg einbringt und wenn der Krieg etwas einbringt...

Nach dieser Einleitung bedt die IZ in einem Beitrag über die Reparationslasten ihren Zusammenhang mit den Kriegsausgaben...

Bilder, Zahlen beugen die Zusammenhänge auf und geben jedem das Material, das er braucht, um die Kontrahierungsbewegung...

Pirna stellt Wohlfahrtsunterstützung in Frage

Drattfen des Fürsorgeramtes. Wohlfahrtsverbände, Rentner und sonstige Unterhaltungs empfänger sollen den bankrotten Gemeindefiskus retten

Gleich in den übrigen Orten Sachsens werden auch vom Fürsorgeramt der Stadt Pirna Anträge der Fürsorgeempfänger in Heilgenheim...

fallmäßige Leistungen für kranke Wohlfahrtsempfänger ganz wesentlich eingeschränkt

werden sollen. Räder, Fortschreibungen und sonstige medizinische oder orthopädische Leistungen werden nur dann genehmigt...

Ein Fall aus der jüngsten Zeit verdient nicht nur wegen der charakteristischen Methoden des Fürsorgeramtes Beachtung...

Ein bereits seit vier Jahren emerboloser Fürsorgeempfänger beantragte die Reparatur seiner Schuhe und erklärte sich bereit...

Wir teilen Ihnen mit, daß es uns unmöglich ist, Ihre Gehalt von 9. 0. M. zu genehmigen. Die Stadt Pirna befindet sich infolge der hohen Wohlfahrtskosten und der hohen Steuererträge...

Der Rat der Stadt, (Sauptamt), Unterschrift.

Zum Fall des Antragstellers muß zunächst noch erwähnt werden, daß es sich bei der „Sonderunterstützung“ um eine wesentliche Beihilfe für seine schwer nervenranke Frau handelt.

Amtl. Bericht vom Schlachtviehmarkt am 22. August 1932 in Dresden

Die Preise für Schlachtvieh sind während vergangener Tage und Wochen im allgemeinen...

Table with columns for animal types (e.g., 1. Rinder, 2. Schweine) and their respective prices per unit.

Waffenfund in Brand-Erbisdorf

Karabiner und Armeepistolen im Walde verstreut. Die Öffentlichkeit soll nichts erfahren

Am Donnerstag wurden in Brand-Erbisdorf von zwei Waldarbeitern im Freiwald an der Staatsstraße Freiberg-Annaberg zwei neue Karabiner...

Die Waffen wurden von dem Förster mit Beschlagnahme belegt. Er gab an, dieselben der Polizeibehörde zu übergeben. Die „Schädlische Bergzeitung“, die sonst immer so schnell die polizeilichen Mitteilungen...

„legt die Waffen noch nicht forttragen, denn es kommen Leute“.

Es ist sogar den Ansehens erwecken, daß die Waffen sowie die Munition bis heute noch nicht im Besitze der Polizei sind.

Die Arbeiterkammer von Brand-Erbisdorf verlangt Aufklärung über diesen mehrfachen Waffenfund, Aufklärung auch darüber, was in der Angelegenheit bis heute unternommen wurde...

Nazibombenleger und Mörder im ganzen Reich zeigt, wasu sie die Bestände solcher Waffenlager verwenden.

Die Arbeiter müssen aber auch aus der Verfolgung dieser heimlichen Waffenlager, das Gefundene dürfte nicht das einzige sein, die Lehre ziehen, daß sie den proletarischen Massenbewegung ausbauen müssen...

Notizen aus Dippoldiswalde

Der ledige Angestellte Frau Voigt aus Dippoldiswalde, der schon viele Jahre in der Praxerei der „Weißeritz-Zeitung“ (ein reaktionäres Blattchen) beschäftigt ist...

Weiter wird aus Dippoldiswalde berichtet, daß Nazistrolche unter Parteigangern belästigten. Der Schaufalter der SPD wurde von den Randisten gewaltsam erbrochen...

Der rote Massenleibschuß wird jetzt dazu übergehen, das Eigentum der Arbeiter zu schänden.

Der Dippoldiswalder Arbeiterkammer zur Kenntnis, daß eine Reihe von Geschäftleuten und Gehilfen die Arbeiterkammer bereits abhainnen. Wachtet bei Befragung seines Bedarfs darauf...

Der „rote Aufbau“ enthüllt

Bisher war es Wollfölni gelungen, den Text seines ersten Programms vor dem Parteitag aus dem Verborgenen zu ziehen...

Wollfölni gelangt, den Text seines ersten Programms vor dem Parteitag aus dem Verborgenen zu ziehen. Die parteipolitische Geschichte des italienischen Faschismus schneidet das berühmte Märzprogramm...

Das interessante Heft kostet 40 Pfennig und ist zu beziehen vom Verlag, Berlin W 8, Wilhelmstraße 48 oder durch die Post...

Napoleons „Wirtes Reich“

Die Methoden, mit denen Louis Napoleon durch seinen Staatsstreich 1851 in Frankreich zur Macht kam, haben eine frappante Ähnlichkeit mit allen Seiten...

Das interessante Heft kostet 40 Pfennig und ist zu beziehen vom Verlag, Berlin W 8, Wilhelmstraße 48 oder durch die Post...

Im Zeichen der Zeit

Bogelwiese in Pirna-Copitz. Drei Tote, Tausend Wulf, Gelähmung, Königsmurder, Frühfrühscheit, Proklamierung des neuen Schichtenkampfes...

Start ist der Heilplan befehlet, aber nur wenige sind in der Lage, die Gemühte der Bogelwiese auszuhalten. Die größte Zahl der Besucher ist emerbolos und die Unterhaltung reicht nicht...

Gravelock, merkt auf: Durch Bogelwiese, Jahrhundertfeldern um, merkt ihr niemals euer Gliedobalein vergessen. Ihr könnt nur einen Hunger füllen...

Mit Zuderbrot auf Rinderfang

Es ist zu einer lebenden Einrichtung aller bürgerlichen Zeitungen geworden, über die „politische Rinderweidung der Warristen“ zu weitem. In der Praxis verhalten die Vertreter der Kapitalisten über Schule und Kirche hinaus die Arbeiterkinder...

In Pirna hat jetzt der Beamte des Arbeitsamtes G. dafür ein Beispiel gegeben. Die Heiligkeit des Geburtstages seines Kindes wurde ausgenutzt und 15 Kinder aus dem Violettenhof-Kasernen zu Kaffee und Kuchen eingeladen.

Der 2. Vorsitzende des Arbeitsamtes, Herr Sch. tut sich kein Gutes auf die republikanische Genügnung seiner Beamten, bei der Geburtstagsfeier aber lassen diese die Fahne der Republik im Rollen...

Wer sind die Erben von Stuttgart?

Am 4. September begeht die proletarische Jugend ihren 18. Internationalen Jugendtag. Anlässlich des Jugendtages, der 25. Wiederkehr der 1. Internationalen Jugendkonferenz von Stuttgart...

Die Sondernummer der „Jungen Garde“ erscheint am 30. August. Beinhaltet schon jetzt bei dem Neuen Jugend-Verlag, Berlin E 25, Kleine Alexanderstraße 28...

Advertisement for the 18th International Youth Day. Includes a graphic with the letters 'KJI' and the text 'Heraus', 'ZUM 18. INTERNATIONALEN JUGENDTAG', '4. SEPT. 1932'.

Vertical text on the right edge of the page, including words like 'Worüber', 'Der Brie', 'Der loalc', 'Der „rote Aufbau“', 'Napoleons', 'Im Zeichen der Zeit', 'Mit Zuderbrot', 'Wer sind die Erben', 'Die Au', 'von ei'.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Worüber diskutieren die Textilarbeiter?

Organisiert die Solidaritätsaktion!

Der Brief eines sozialdemokratischen Arbeiters. Der Kampf der Textilarbeiter ist der Kampf des gesamten Proletariats

Bei der Vorbereitung des Kampfes der hiesigen Textilarbeiter gegen jeden Pfennig Lohnabbau wird in der Diskussion in den Betrieben von den sozialdemokratischen und unorganisierten Arbeitern besonders die Frage der Streikunterstützung gestellt. Wir bringen heute das Schreiben eines sozialdemokratischen Arbeiters, obwohl dieser uns leider keinen solchen Namen noch nicht mitgeteilt hat, weil darin die Haltungen der sozialdemokratischen Arbeiter zu der Frage der Streikunterstützung klar zum Ausdruck kommen.

Der sozialdemokratische Arbeiter schreibt:

Die Kommunisten und RGO-Kollegen im Betrieb drängen mich Streik. Ueber Streik und nochmal Streik wird in den Betrieben gesprochen. Wir sind alle bereit, zu streiken. Aber, aber, alle stellen die Frage: Wer gibt uns Streikunterstützung? Wenn die Gewerkschaften den Streik guthießen, würden wir sofort streiken, weil wir dann noch ein paar Pfennig Streikunterstützung bekommen. Die Gewerkschaft aber lehnt jeden Streik ab, deshalb wird sie uns auch keine Unterstüttung auszahlen. Die Gewerkschaften sagen: Wir können heute nicht mehr streiken, weil sonst Drittel der Arbeiter nicht mehr in der Gewerkschaft sind und deshalb keine Streikunterstützung erhalten, und in den Räten sollen Streikführerben lehren werden und die RGO auch keine Streikunterstützung zahlen. Die Gewerkschaften sagen: „Sorgt dafür, daß alle in die Gewerkschaft einstreiten, damit die Streikunterstützung erhalten und dann werden wir wieder streiken.“

Wir SPD-Arbeiter und Gewerkschaftler aber wissen, daß kein Geld zum Streiken vorhanden ist, daß das Geld der Gewerkschaftsapparate schwindet und deshalb nicht getreift werden darf. Würde die RGO Streikunterstützung zahlen, würden wir SPD-Arbeiter und Gewerkschaftler sofort zur RGO kommen und streiken. Die Stimmung in den Betrieben ist verzweifelt. Alle wissen, daß die Gewerkschaften nichts unternehmen und die RGO will streiken, ohne Streikunterstützung zu zahlen. Deshalb werden wir niemals zum Streik kommen und unsere Köpfe bauen die Kapitalisten immer mehr ab. Aus Verzweiflung suchen viele Arbeiter im Betrieb Anschluss an die Nazis. Sie gehen zu den Nazis, nur, um beim Direktor anzufragen zu sein und damit sie nicht entlassen werden, denn dann haben sie noch weniger beim Stempelnachen. In unserem Betrieb sagen sie alle:

„Nur durch Streik können wir den Lohnabbau abwehren, nur durch Streik werden wir auch die zu den Nazis gelangenen Arbeiter zurückgewinnen.“

Da wir aber ohne Streikunterstützung nicht streiken können, wird es uns noch sehr schlecht gehen. Wir müssen erst einen Streikfonds schaffen durch Sammlung in den Betrieben und bei den Geschäftleuten und Bauern, um den Arbeitern Sagen zu können, daß Geld für Streik vorhanden ist, daß wir auch die Streikenden wirklich reichlich unterstützen können. Wenn erst ein Betrieb Streikunterstützung von der RGO erhält und den Arbeitern bezahlt, doch auch sie im Streik unterstützt werden von der RGO, werden alle Betriebe sofort in den Streik treten. Erst wenn die RGO den Betriebsarbeitern Sagen kann: „Wir haben einen Streikfonds von tausendtausend Mark und wir zahlen jedem so viel wie Streikfonds Unterstüttung, dann werden die Arbeiter sofort die Betriebe und auch die SPD und Gewerkschaften verlassen und dann wird die Einheitsfront im Betrieb und Gewerkschaften zerbröckeln. Durch diese Einheitsfront, glaube ich, wird bald ein 1935 entstehen. Denn durch diese Einheitsfront kommen wir zu großen politischen Streiks gegen jede bürgerliche Regierung, gegen jede Notverordnung.“

Viele noch nie dagewesene Massenbewegungen unter revolutionärer Führung wird die Kapitalisten und SPD hinwegjagen!

Das heute unter Stadtoberwinder R. S. G. Er laute auch, wenn die RGO Geld hätte für Streiks, würde die RGO andere Gewerkschaften kaputt machen, weil wir nicht mehr in der Lage sind, andere Streiks zu finanzieren. Würde die RGO anderen Kollegen Streikunterstützung zahlen, so helfen unsere Kollegen alle davon. Dann können wir einpaar mit unserer Gewerkschaft. Wir haben die Führer aber Angst vor der RGO.

Wiso Geld braucht die RGO für Streikunterstützung, dann werden die Betriebsarbeiter zur RGO kommen, weil sie Streikunterstützung erhalten.

Wo nehmen wir das Geld her für Streik? Wie schaffen wir einen Streikfonds? Darüber muß die RGO im Betrieb sprechen und vor dem Streik überall sammeln. Damit die Betriebsarbeiter auch leben, daß die RGO Streikgeld für den zukünftigen Streik schafft.

Dann wollen sie, wenn gesammelt wird, doch auch Geld für Streik vorhanden ist. Die Zusammenstellen müssen lauten: „Für den Streikfonds der Arbeiterklasse für den zukünftigen Streik der Kollegen.“ Dann werden Betriebsarbeiter zu einem Streik der RGO mehr Vertrauen gewinnen, dann offen den Betriebsarbeitern sagen, das was die Gewerkschaften gezahlt haben, zahlt die RGO auch und dann kann die RGO auch höhere Beiträge verlangen, wenn sie Unterstützung zahlt.“

Die Aufnahme des Kampfes darf nicht von einem Streikfonds abhängen sein

Der betreuende Kollege hat zweifellos vollkommen recht, wenn er feststellt, daß die Arbeiter in ihrer übergrößen Mehrheit zum Kampf bereit sind und die Aufnahme des Streikes in dem Augenblick keine Frage mehr sein würde, wo die RGO jedem streikenden Arbeiter eine bestimmte Streikunterstützung zu zahlen könnte. In der heutigen Zeit kann das aber keine Organisation

und erst recht nicht die RGO, die ja nicht der Erfolg der Gewerkschaften ist, sondern die organisatorische Zusammenfassung aller oppositionellen Arbeiter innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften bezweckt. Selbst die Bürokraten des IIG behaupten, daß ein größerer Streik von dem Verband nicht finanziert werden könnte, weil die Verbandsgehälter fast angelegt sind und bei einem Verkauf der Wertpapiere große Verluste entstehen müßten.

Nicht für den Kampf, wohl aber zur Finanzierung der Wahlpropaganda für die SPD werden von den Gewerkschaftsführern Millionensummen flüssig gemacht.

Die Einleitung der Kämpfe der Arbeiter und besonders die Durchführung des Streikes der hiesigen Textilarbeiter kann nicht von dem Vorhandensein eines hiesigen Streikfonds abhängig gemacht werden. Die gesamte Arbeiterklasse und die mit ihr verbündeten Schichten werden den Streik der Textilarbeiter bestimmt auch finanziell mit allen zur Verfügung liegenden Mitteln unterstützen. Der Metallarbeiter, die Zigarettenarbeiter, die Proleten in der Lebensmittel- und in der Papierindustrie wissen, daß die Textilarbeiter auf Porzellan kämpfen. Sollte es dem hiesigen Textilarbeiter gelingen, den geplanten Lohnabbau durchzuführen, dann werden die Unternehmer sofort in den anderen Industrien nachziehen. Es ist einmal bei den Textilarbeitern der „Kampfbund“ eingeführt, dann werden die Kapitalisten in den anderen Industrien sofort die gleichen Forderungen erheben. Deshalb ist der bevorstehende Kampf in der hiesigen Textilindustrie der Kampf der gesamten Arbeiterklasse.

Streik bei Mend & Hambrod, Hamburg

Die Belegschaft von Mend & Hambrod in Hamburg ist am Freitag in den Streik getreten, weil die Firma einen Lohnabbau von 5 Pfennig die Stunde vornehmen wollte. Schon früh sammelten sich kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter im Streikklub vor dem Betrieb. An den Mauern und auf den Bürgersteigen waren Streikparolen angebracht. Die Zugangsstraßen waren von zahlreichen Vollzeitsbeamten besetzt. Polizeistreifen, berittene Beamte und Radfahrer, patrouillierten vor dem Betrieb. Der Streikklub war jedoch so organisiert, daß es Streikbrechern in größerer Zahl nicht möglich war, in den Betrieb zu kommen. Außer den Kommunisten, ungefähr 30 Mann, die Einzelverträge haben, gelang es der Direktion nur, 11 Streikbrecher in den Betrieb hineinzubekommen. Einige davon sind wieder hinausgegangen und haben sich den Streikenden angeschlossen.

Die Folge reformistischer Politik

Massenflucht aus den Gewerkschaften

Die Fabrikarbeiter-Verbandsbürokratie versucht die Ausgetretenen zu lockern. Verdrängt die Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front!

Die arbeiterfeindliche Gewerkschaftspolitik der Bürokraten, ihre Willkür beim Lohnabbau, die Verhinderung jedes Kampfes und die Unterdrückung des Sozialismus hat hunderteausende Verbandsmitglieder aus den Gewerkschaften hinausgetrieben. Die Mitgliederzahlen schrumpfen unaufhaltsam zusammen. Schonbers schlimm ist das im Verband der Fabrikarbeiter. In einem verwickelten Schreiben der Zeitung der Fabrikarbeiter Dresden an die ausgetretenen Mitglieder wird angegeben, daß „ein erheblicher Teil früherer Mitglieder der Organisation den Rücken gekehrt“ hat. Die Verbandsleitungen hätten sich deshalb damit beschäftigt, wie die Ausgetretenen wieder für den Verband gewonnen werden könnten.

Auf welche Weise soll das nun geschehen? Erklärt der Dresdener Fabrikarbeiterverband den ausgetretenen Mitgliedern, daß nun endlich die ganze Kraft der Organisation zum Kampf gegen den Lohnabbau und Unterdrückungsabbau, zum Kampf gegen den Faschismus eingesetzt werden soll, der Ausschlußterror gegen die Opposition beenden und die Verbandsdemokratie wiederhergestellt wird? — Nichts von alledem. Das Schreiben beginnt vielmehr:

„Der Kampf, den die organisierte Arbeiterklasse zu führen hat, um Sicherung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, ist

Deshalb wird auch die gesamte Arbeiterklasse bereit sein, die Textilarbeiterklasse auch finanziell zu unterstützen.“

Die kleinen Geschäftsleute, die nur auf die Arbeiterklasse angewiesen sind, wissen ebenfalls, daß ein neuer Lohnabbau an der Textilarbeiterklasse, der Arbeiter der stärksten Industrie in Sachsen, sich auf ihren Umsatz sofort auswirken muß. Können sich die Arbeiter nichts mehr kaufen, dann müssen auch die Geschäftsleute hungern. Wenn diese Kreise zur Solidaritätsaktion für die kämpfenden Textilarbeiter aufgerufen werden, so wird sich in keinem eigenen Interesse weigern, kein Scherlein beizutragen.

Die Solidaritätsaktion ist eingeleitet

Schon heute sind die Sammlungen zur Unterstützung des bevorstehenden Kampfes eingeleitet.

Die IIG hat im Bereich des Unterbezirks Dresden 200 Quartiere für die Kinder der Textilarbeiter für den Fall des Streikes reserviert. Auf einem Konzertabend in Johannisburg wurde spontan eine Geldsammlung durchgeführt. Hierbei wurden die Vorbereitungen für die Solidaritätsaktion getroffen. Aber eine wirkliche Massenbewegung zur Sammlung für die Unterstützung der Textilarbeiter wird erst im Kampf selbst zur Auslösung kommen.

Es muß allerdings schon heute klar zum Ausdruck gebracht werden, daß es nicht möglich sein wird, jedem Streikenden wöchentlich eine bestimmte Summe als Unterstützung zu garantieren. Das ist aber auch nicht notwendig. Jeder Arbeiter ist sich klar darüber, daß bei einem Kampf auch Opfer gebracht werden müssen. Wer die Notwendigkeit des Streikes erkannt hat, ist auch bereit, Entbehrungen zu ertragen. Lieber einmal eine kurze Zeit im Kampf gehungert, als in die völlige Verelendung hineingestoßen zu werden und dem Verhungern doch nicht zu entgehen.

Wenn jeder Textilarbeiter die Sicherheit hat: Bei dem Streik ist für meine Kinder gesorgt, ich und meine Frau werden die notwendigen Lebensmittel zur Verfügung haben, dann wird ihm die Frage der Streikunterstützung keine Sorgen mehr bereiten. Und diese Sicherheit hat jeder Textilarbeiter. Während eines Streikes ist noch kein Arbeiter verhungert, aber täglich verhungern Arbeiter in Deutschland, ohne daß sie im Kampf stehen.

Für die Gelamtarbeiterklasse besteht aber schon heute die Pflicht, die Solidaritätsaktion zu organisieren. In allen Betrieben, Gewerkschaften und Massenorganisationen muß zu dem bevorstehenden Streik der Textilarbeiter Stellung genommen und finanzielle Unterstützung beschlossen werden. Die Belegschaft einer jeden Zigarettenfabrik, jedes Metallbetriebes, jedes Papierfabrik und jedes Betriebes überhaupt, die schon heute den Beschluß fassen, für die Textilarbeiter jede Woche einen Stundenlohn abzuliefern, wenn sie in den Streik treten, führt einen wichtigen Schlag gegen die Lohnräuber auch in der eigenen Industrie. Organisiert die Sammlungen und stellt Quartiere für die Kinder der Streikenden zur Verfügung. Die Solidarität der gesamten Arbeiterklasse wird den Textilarbeitern zum Siege helfen.

außerordentlich schwer. Durch die ungeheure langandauernde Wirtschaftskrise wird dieser Kampf um die Erhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen noch mehr erschwert. Es ist allerdings damit zu rechnen, daß diese Wirtschaftskrise auch einmal ein Ende nimmt und bessere wirtschaftliche Verhältnisse bedingen, daß erneut und mit allem Nachdruck versucht werden muß, die Lohn- und Arbeitsbedingungen tarifvertraglich so günstig wie nur möglich für die in Betracht kommenden Arbeitnehmer zu gestalten. Dazu gehört eine möglichst reichliche Erfüllung aller in Betracht kommenden Arbeiter- und Arbeiterinnen.“

Die Arbeiter werden auf das „Ende der Wirtschaftskrise“ vertraut. Solange noch die kapitalistische Klasse in Deutschland herrscht, wird es auch keine „besseren wirtschaftlichen Verhältnisse“ geben. Was die Bürokraten in ihrem Schreiben behaupten, glauben sie ja selber nicht. Mit dem Hinweis, daß nach dem Willen der Verbandsangehörigen auch in Zukunft kein ernstlicher Kampf gegen die Lohnraubzüge der Ausbeuterklasse geführt werden soll, kann man keinen Arbeiter veranlassen, wieder Mitglied des Verbandes zu werden. Die Bürokraten versuchen es deshalb, mit anderen Mitteln. Für sie ist der Verband keine wirtschaftliche Kampforganisation, sondern ein Unterstüttungsverein. Die Inhalten des Fabrikarbeiterverbandes haben beschlossen, den wieder eintretenden Mitgliedern die früher gezahlten Beiträge nach bestimmten Zeitabständen wieder mit anzuerkennen. Damit sollen die Ausgetretenen gelockert werden. Dieser Versuch wird bestimmt scheitern. Die Massen der Arbeiter, die den Verbänden den Rücken gekehrt haben, weil sie mit der arbeiterfeindlichen Politik der Führer nicht einverstanden sind, werden nicht wieder eintreten, wenn man ihnen finanzielle Vorteile nach einem Jahr in Aussicht stellt und zur gleichen Zeit aber betont, daß dieselbe Gewerkschaftspolitik fortgesetzt werden soll. Das um so mehr, da die Zahlstellenleitung glaubt, die neuen Mitglieder ausgerechnet mit dem Kauf der „Eisernen Front“, begrüßen zu können.

Die Gewerkschaftsopposition darf sich mit der Massenflucht der Arbeiter aus den Gewerkschaften nicht einfach abfinden. Es gibt vielmehr, diese Arbeiter, die mit ihrem Austritt aus dem Verband freiwillig demonstrieren, daß sie mit der Gewerkschaftspolitik der Bürokraten nicht einverstanden sind, nicht dem Sozialfaschismus verfallen zu lassen, sondern sie in die rote Kampffront zum Kampf gegen Lohnabbau und Faschismus einzusetzen. Deshalb beschließt die antifaschistische Aktion in Betrieben und Gewerkschaften!

ALLE BETRIEBSKOLLEGEN ERWERBSLOSEN GEWERKSCHAFTSKOLLEGEN ARBEITERSPORTLER

Alle opferbereit für den Kampffonds

der Antifaschistischen Aktion

RUND UM DEN ERDBALL

Französischer Falschistenführer und Parfümönig pleite

Coty des Betruges und Defraudation überführt — Das Strafverfahren gegen ihn eingeleitet

Paris, 22. August. Gegen den bekannten falschistischen Führer und Parfümfabrikanten Coty wurde seitens der Staatsanwaltschaft das Strafverfahren eingeleitet. Coty hat durch falsche Aktienmachinationen die Massen der kleinen Anleger und Sparer um mehr als 300 Millionen Franken betrogen.

Coty stellt für Frankreich Dillet und Vahulen in einer Verlon dar. Coty ist bekannt als der größte Parfümfabrikant Frankreichs. Vor ungefähr fünf Jahren griff er aktiv in die Politik ein, organisierte falschistische Trupps und trat in enge Beziehungen zu Mussolini.

Bekanntlich wurde er, als er eine Zeitung eröffnete, der er den Namen „L'ami du Peuple“ gab. Dieser Name hat in Frankreich historische Bedeutung, weil seitdem, in der Zeit der großen französischen Revolution, die Zeitung des Volkskämpfers Marat diesen Namen führte. „L'ami du Peuple“ ist eine Zeitung ganz nach der Art des „Vorwärts“ in Berlin. Sie bedient sich der niederfränkischen und unverständlichen Sprache und Fremdwörter. Was dieser Zeitung besondere Verbreitungsmöglichkeiten verlieh, war der Umstand, daß sie Coty zum Preis von 10 Centimes (ungefähr 1/3 Pfennig) abgab. Dieser Konsum war keine andere Zeitung in weit größerem Maße zum Preis von 10 Centimes für eine Zeitung schlag Coty die gesamte Pariser Boulevardpresse.

Jahre hindurch erhielt Coty ungeheure Zuschüsse aus Italien. Aber diese reichten offenbar nicht

aus, denn bei dem Preis von 10 Centimes muß der Herausgeber zu jedem verkauften Exemplar mindestens 15 Centimes zulegen. Und die Zeitung hatte eine Millionenauflage. Nun, da griff Coty zu den Methoden des Hohenstaunders. Er benutzte den Umstand, daß seine Zeitung sich einer großen Verbreitung erfreut, um Aktien seines Unternehmens auf betrügerische Weise unter den Massen zu verbreiten.

Während in Deutschland zwischen den Falschistenführern und den Brüdern Vahulen eine gewisse Arbeitsteilung herrschte, indem die Brüder Vahulen das Kapital zusammenbrachten und die Nazis für die Sammlung machten, trat hier Coty, wie gelang, die beiden Funktionen in einer Person. Er riefte ungeheure Kapitalien zusammen, verteilte hunderttausende Sparer, Kleinrentner und Bauern, keine Aktien zu kaufen und verwendete große Teile der so erhaltenen Summen zur Finanzierung des Falschismus.

Nun ist der ganze Betrag offenbar gemordet. Bisher ist es erwiesen, daß Coty keine Einleger um mehr als 300 Millionen betrogen hat. Die Bilanz befindet sich aber erst in ihren Anfangen und es ist nicht ausgeschlossen, daß sich im Verlaufe des Berichtens zeigen wird, daß Coty Betrugsarten in weit größerem Umfang bestritten hat. Sein Unternehmen liegt unmittelbar vor dem Untergang und „L'ami du Peuple“ soll schon in den nächsten Tagen das Erscheinen einstellen.

Man sieht, es geht auch in Frankreich mit den falschistischen Volkobetrügern abwärts.

Folgen der Hitze

Unfälle und Unwetter im ganzen Reich

Hamburg-Wilhelmsburg, 21. August. Im Laufe des Sonntags nachmittag entlud sich über dem Elbegebiet ein schweres Unwetter, das an verschiedenen Stellen von einer Windhole begleitet war. Durch diese Windhole wurden schwere Sturmwinden in zahlreichen Orten angerichtet. In Hilsfeld bei Hamburg wurden allein 40 Häuser durch die Windhole zum Teil zerstört und in allen Fällen abgedeckt. Weiter sind betroffen die Orte Warnsdorf, Stenwerde, Langenbek, Weddelsch und Malden. Zwischen dem genannten Orten sind die Chauffeure durch umgestürzte Bäume gefährdet worden. Um Unfälle zu verhindern, wurden fünf nach Hamburg am Unwetter und nach Einlauf der ersten Schadenmeldungen die Chauffeure von Seiten der Polizei für jeglichen Auto- und Straßenverkehr gesperrt.

Stettin, 22. August. Bei dem schweren Gewitter über Stettin schlug der Blitz in eine Laube in dem Vorort Jätkow. Dabei wurde ein 12jähriger Knabe getötet. Seine Mutter mußte sich Rettungsmaßnahmen ins Krankenhaus geschickt werden. Zwei weitere Personen wurden betäubt.

Auf dem Dammschen See wurde ein Badelboot nach dem Gewitter treibend aufgefunden. Von den Insassen fehlte jede Spur, so daß angenommen werden muß, daß sie ertrunken sind.

Wien, 21. August. Auch der heutige Sonntag war im Alpenland die letzten Tage von einer geradezu mörderischen Hitze. Bis 33 Grad Celsius Hitz. Die Fäden waren sämtlich überhitzt, am Sonnabend wurden bereits 300 000 Rabende getötet. Im Laufe des Sonntags sind in Wien acht Personen ertrunken.

München, 22. August. Beim Baden in der Isar und in den südlichen Bädern sind am Samstag und Sonntag fünf Personen ums Leben gekommen. Weiter haben sich in München fünf Jugendliche ertränkt, von denen einer tödlich verlaufen ist. Der Besuch der Bädern hat eine unerhörte Rekordziffer erreicht.

Die Toten der „Niobe“

Kiel, 22. August. Nach Mitteilung der Marinebehörden sind nach dem heute nochmals eingehend durchsuchten Wrack der „Niobe“ vorgenommen worden war, von den 69 vermismten Besatzungsangehörigen des Schulschiffes 44 als Leichen geborgen worden. Somit haben 35 ihr Grab in der Ostsee gefunden. Morgen nachmittag um 6 Uhr findet auf dem Garnisonfriedhof das Ehrenbeisetzungs der Toten statt, die nicht in heimatlicher Erde beigesetzt werden.

Lustmord an einem Sechzehnjährigen

Berlin, 21. August. An der Eisenbahnstraße Spandau-Kameraden machten am Sonntagvormittag Spaziergänger zwischen den Stationen Hakenberg-Tollense einen grauenhaften Fund. Neben der Gleise lag unter einem Gebüsch die nackte Leiche eines 16-jährigen Sechzehnjährigen. Die Leiche des Toten war durchschnitten, man mußte die Leiche nach mehrere Verletzungen auf, die auf einen Lustmord schließen lassen. Herbeigerufenen Verdächtige aus Hakenberg alarmierten die Berliner Mordkommission, die bis in die Nacht hinein am Tatort weilte. Der bisherige Befund ergab lediglich, daß der Knabe bereits am Freitag oder Sonnabend ermordet worden sein muß.

Eisenbahnunfall in Paris

Paris, 21. August. Auf dem Pariser Ostbahnhof ereignete sich ein Unfall, bei dem etwa 40 Reisende mehr oder weniger verletzt wurden. Der Bahler Schnellzug fuhr bei der Einfahrt in den Bahnhof so hart gegen den Pfeiler, daß die Reisenden, die sich schon zum größten Teil zum Aussteigen bereit gemacht hatten, durcheinandergeworfen wurden. Die meisten erlitten Querschnittsverletzungen; einige haben aber schwere Knochenbrüche davongetragen.

Zahlreiche Speisevergiftungen

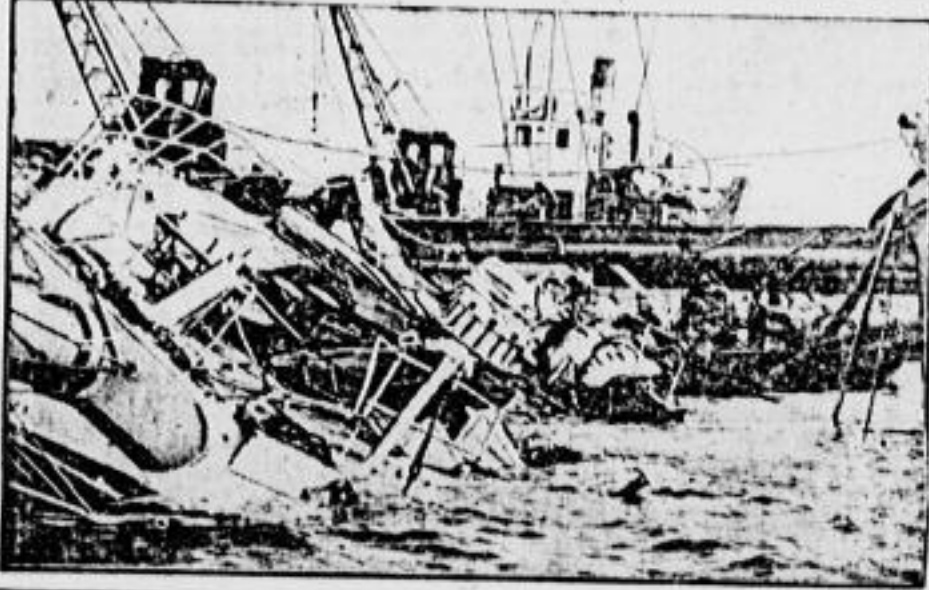
Im Unteroffizierskasino des 21. Schützenregiments in Metz sind wie die „Saarbrücker Zeitung“ meldet, nach dem Genuss von Speisen etwa 30 Sergeanten unter Verabreichung von Erbrechen erkrankt. Ebenfalls erkrankt 30 Personen wurden ins Krankenhaus gebracht. Da man ihnen hier oder nicht die geeignete Behandlung angeheben lassen konnte, wurden sie sofort nach Metz übergeführt. Die Vergiftung scheint aber nicht bösartig zu verlaufen. Bisher sind Todesfälle nicht gemeldet worden.

Die Ehefrau erwürgt

Der Tischlermeister Lorenz aus Dresden stellte sich der Polizei und bezeugte sich, seine Ehefrau nach vorausgegangener Auseinandersetzung erwürgt zu haben. Die Kadaverprüfung der Angaben durch die Mordkommission ergab die Richtigkeit der Selbstbezeugung.

Riesiger Erdbeben auf Madeira

Funchal, 22. August. Bei Funchal, etwa 25 Kilometer westlich von Funchal auf der Insel Madeira, ereignete sich ein riesiges Erdbeben, bei dem etwa 15 Millionen Kubikmeter Gestein und Erde von den Bergen niedergingen. Bisher werden keine Verletzte gemeldet.



Die Toten der „Niobe“

Schweres Schadenfeuer

Köln, 21. August. Ein schweres Schadenfeuer brach in der Nacht zum Sonntag die in dem Gortler Vorort Velthuis gelegene Salzhütte „Reichshof“ heim. Was bisher unbekannt war, brach in einem Saal des „Reichshof“ ein Feuer aus, das sich mit rasender Schnelligkeit ausbreitete und bald die gesamten Saaldecken, bestehend aus einem hohen Wohnhaus, zwei Sälen und landwirtschaftlichen Gebäuden, in Schutt und Asche legte. Bei den Vorbereitungen, die sich recht schwierig gestalteten, wurden zwei Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Velthuis durch herabstürzende Trümmer getötet. Drei weitere Feuerwehrleute und zwei Zivilisten, die sich am dem Vorkarben beteiligt, wurden durch Rauchvergiftung erheblich verletzt. Erst in den Morgenstunden des Sonntags gelang es, das Feuer einzudämmen. Man nimmt an, daß es sich um Brandstiftung handelt, da Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei bereits umfangreiche Ermittlungen aufgenommen haben.

Schweres Verkehrsunfall

Zwei Tote, fünf Verletzte

Brandenburg a. d. H., 21. August. Bei dem an der Eisenbahnstrecke Berlin-Brandenburg gelegenen Dorfe Groß-Kreuz ereignete sich am Sonntagvormittag ein schwerer Verkehrsunfall. Das zwei Todeopfer und fünf Verletzte forderte. Beim Ueberholen eines Personentrainwagens rück ein Dieseltankwagen mit einem aus entgegengelegter Richtung kommenden Motorrad mit Personenzug zusammen. Der Zusammenstoß war so heftig, daß sich der Dieseltankwagen über den Personenzug auf den Landstreifen legte, so daß der Personentrainwagen auf ihn aufbrach. Der Personenzug wurde durch den Zusammenstoß in zwei Teile zerlegt. Die beiden Insassen des Personenzuges, Frau Frieda Bode aus Burg und ihre neunjährige Tochter Gerda erlagen kurz darauf ihren schweren Verletzungen, während der Motorradfahrer, der Lagerarbeiter Bode, einen rechten Unterschenkelbruch und Hautabrisse davontrug. Zugleich mit Bode wurden nach in das Brandenburger Städtische Krankenhaus eingeliefert: Der Fahrer des Dieseltankwagens Alfons Rogalla und sein Begleiter Richard Senger, beide aus Berlin-Weißensee. Rogalla hatte Schnittwunden an der Hand, Senger Schnittwunden im Gesicht und am Hinterkopf erlitten. Ein zweites Motorrad mit einem Fahrer und einer Dame aus Burg war ebenfalls von dem Dieseltankwagen erfasst worden. Auch diese beiden Personen wurden mit Hautabrisse in das hiesige Krankenhaus geschickt.

In Holland gab es Ende Juli in 900 Gemeinden mit 7,3 Millionen Einwohner 23 304 Arbeitslose und 19 424 Rutzarbeiter. Die Angaben sind nicht vollständig.

In Gibraltar härmten streikende Kohlenarbeiter die Spanier. Es kam zu einer Schlacht, in der Streikbrecher mit Schusswaffen und Brecheisen auf Seiten der Polizei kämpften.

Aus Technik und Erfindungen

Der Luftbrunnen

Der belgische Ingenieur Kraton hat in Trans in der französischen Provinz einen „Luftbrunnen“ erbaut, der bestimmt ist, jeden Tag während der Morgenstunden alle Feuchtigkeit, die in der Luft enthalten ist, aufzusammeln. In dem Grad der Sättigung der Atmosphäre auch sein mag. Der Brunnen hat die Form einer freistehenden aus Eisenblech errichteten Konstruktion. Diese bildet den Mantel des eigentlichen Brunnenkopfes, dessen Ummantlung sich genau ist, um dem Einfluß der kühnsten Witterung zu weichen. Ein Rohr von 35 Zentimeter Durchmesser, das 35 Zentimeter vom Brunnenboden aufsteigt, erhebt sich über die Anlage um 50 Zentimeter, um in dauernder Verbindung mit der freien Luft zu bleiben. Dieser Luftbrunnen soll Trinkwasser in ausreichender Quantität liefern.

Heilung durch Schlangengift

Die Gefahr der Schlangengifte ist ja allgemein bekannt. Desto größer wird unser Erstaunen sein, daß Dr. de Oliveira, wie er in einer spanischen medizinischen Zeitung berichtet, mit dem Gift einer Schlange bei einer großen Anzahl von Kröpfen eine deutliche Verbesserung der Herzstätigkeit erzielen konnte. Besonders unregelmäßige Herzen wurden sehr günstig beeinflusst. Es handelte sich bei diesen ganz neuartigen Versuchen um das Gift der Tararaca.

Sümpfe und Wildnisse werden fruchtbare Gebiete

Schwerindustrie und Eisenbahn in der Tundra / Wunderwerke des sozialistischen Aufbaus

Moskau, 22. August. In einer Unterredung mit den Moskauer Korrespondenten hat der Vorsitzende des Kreis-Vollzugsrates des Reichstages, Genosse Lemm, folgendes ausgeführt (Genosse Lemm stammt aus der Tundra, ist gewesener Kolon, der bei reichen Kenntnissen gearbeitet hat. Nach Absolvierung der Kommunistischen Universität der Ostküste in Moskau verteilte er Parteiarbeit in der Kollektivwirtschaft Tundra).

Die Sowjetregierung hat in Befolgung der Nationalitätenpolitik der Leninischen Partei den Kreis Kenech im Jahre 1929 in eine selbständige Einheit verwandelt. Dieser Schritt hat zur Förderung des Kampfes für die Rekonstruktion der wirtschaftlichen Entwicklung und der Hebung der Lebensbedingungen der Bevölkerung beigetragen. Die Tundra verändert sich rasch im Gesicht. Auf dem Territorium des Gebietes entsteht eine Schwerindustrie. Eine Eisenbahn wird gelegt, die die Kolonienlager an der Pektora mit der Außenwelt verbinden soll.

In der Sowjetwirtschaft für Kennnterzucht in der Tundra werden eingeborene Proletarier zu Kennnterzucht herangebildet, Hunderte von Arbeitern der Sowjetwirtschaft werden zum sozia-

listischen Aufbau herangezogen. Die Kollektivwirtschaften der Tundra erzielen 200 Wirtschaften.

Gegenwärtig sind nur 10 Prozent der Eingeborenen der Lesens und Schreibens kundig, aber die neuen Schulen mit 30 Schülern fördern den Kampf mit dem Analphabetentum. Pflanzgärten, ein pädagogisches Technikum genügen nicht, um die Zahl der Weisheitsbegierigen auszubilden.

Bis zur Revolution gab es im Gebiet nur einzelne Personen, die des Lesens und Schreibens kundig waren. Gegenwärtig entsteht eine eigene Intelligenz. In der Tundra arbeiten Kenen als Lehrer, jährliche Studenten des Leninrader Instituts der Nordküste kommen auf längere Zeit ins Gebiet. In den russischen Städten besuchen die Kenen medizinische und Veterinärhochschulen. Es gibt sogar zwei eingeborene Frauen, die Heilkräuterkundigen sind.

Das ganze Leben der Tundra verändert sich. Die Frauen werden aktiv und die Kollektivwirtschaften schaffen eine neue Oekonomie, erweitern die Produktion der Wirtschaft.

Verantwortlich: Alfred Brandt, Berlin

Tag
Verbr

8. Ja

Je

Auch in
Schache

Unter
Teglarbeit
aus den
Schleichen,
11 Taz
schen Textil
Projekt un
der wurden
mäßigen Ver
vorgängen u
terachtet. I
des Textiler
Paratratie h

Während
mischlichen
in den Zeit
ung schon m
werden 18 11
Wittwen
stoppilian
Wochball is
erhalten
Unter
der ein
brachte a

Die ein
berberei
wattes Beip
gen der R
Kochung er
Auch die
Werkstoffe
Wittwen
Der u
gefördert
die Jurist
den Ruten

Der Te
er am 14.
nandorf
die Darlegun
der Empiran
Die Emp
den gegen d
nur bei
dem Willen
der Fort
Wittwen
arbeiten, da
was heißt
tand verbinde

Das in d
den Mittel
Pano zu beto
in Neugerd
für Wittwie
et aljährlich

Die A
bandein
weiteren W
schwerer Fort
schür nur der
nur deren
Rein W
ein Wort zur
Kampf. Die
nu so auswe
die Verbände
Kehalle der
mal ihre Joka

Die
die aber völlig
halten und auf
Kraftsführer d
hätigen.